

(Trinius [SPD])

- (A) sen, denn es fehlten zwei Gegenkräfte, ohne die es keine soziale Marktwirtschaft gibt: Es gab noch keine starken Gewerkschaften - ohne sie geht es nicht -, und es gab noch keine funktionierenden staatlichen Apparate, Verwaltungen, die Gesetze und Rechte hätten durchsetzen und deren Einhaltung kontrollieren können. Das hat zu diesem Wildwuchs geführt.

Und dann die sozialistische Mißwirtschaft, lieber Herr Kollege! Wie erklären Sie sich denn, daß wir es in Tschechien mit einer Arbeitslosigkeit von 4 % zu tun haben, aber in den neuen Ländern eine Arbeitslosigkeit von 15 oder 16 % haben?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wollen Sie die Löhne geben? Da fordert der starke Gewerkschaften und will tschechische Löhne zahlen! Das ist doch nicht zu fassen!)

- Nichts von tschechischen Löhnen!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Natürlich, das ist der Punkt! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das ist die andere Seite der gleichen Medaille!)

Ich würde Ihnen vorschlagen, sich die Argumente, die von den Gewerkschaften gebracht worden sind, die ein Programm Aufbau Ost vorgelegt haben - -

(B)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das war ein Eigentor, Herr Kollege!)

Ich würde Ihnen auch raten, sich die Vorschläge, die damals von Stihl und Murmann und anderen vorgetragen worden sind, noch einmal zu Gemüte zu führen. Da ist vorgeschlagen worden: Um diese Differenz der Löhne auszugleichen, müsse an dieser Stelle der Staat vorübergehend und degressiv subventionieren.

Das ist vorgeschlagen worden und wäre ein Beitrag sowohl zur sozialen Sicherung wie auch zur Industriepolitik gewesen. Ich will Sie nur darauf hinweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

So einfach darf man sich das nicht machen. Und wer es sich weiterhin so einfach macht,

(Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Dautzenberg [CDU] - Glocke des Präsidenten)

der verdummdeubelt die Leute; die haben es besser gewußt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? - Ich stelle das nicht fest. Ich schließe dann zu diesem Teil I des Tagesordnungspunktes 1 die Beratung.

Wir haben abzustimmen über die Überweisung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanungs Drucksachen 11/7500 und 11/7501. Der Ältestenrat empfiehlt hierzu die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Wer dieser Überweisung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön, so beschlossen.

Ich rufe nun den Teil II dieses Tagesordnungspunktes, nämlich

Gemeindefinanzierungsgesetz, (D)

auf und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Leifert für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Lerne klagen, ohne zu leiden", so bagatellisierten die einen, "Kommunen in Not", so dramatisierten die anderen in der Vergangenheit die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in unserem Lande.

Hier und heute muß man feststellen: Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in ihrer Gesamtheit ist in Nordrhein-Westfalen äußerst kritisch und bedenklich. Das Finanzierungsdefizit hat einen Höchststand von 4,2 Milliarden DM erreicht. Die Steigerungsrate beim Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer betrug im letzten Jahr nur 0,7 vom Hundert. Die Gewerbesteuer-einnahmen gingen erheblich, um über 10 %, zurück. Die Stadt Leverkusen hatte einen Verlust von fast 50 % zu beklagen. Sie nahm zum ersten Mal an der Verteilung der Schlüsselzuweisungen teil. Daraus zeigt sich:

(Leifert [CDU])

- (A) Gewerbesteuererbrüche in einer großen Gemeinde treffen zum Schluß über die Schlüsselzuweisungen alle.

Meine Damen und Herren! Einer mäßigen Erhöhungsrate bei Personal- und Sachkosten stand eine Erhöhung bei den Sozialhilfeausgaben von 11,6 vom Hundert gegenüber. Die Höhe der Sozialausgaben von 16 Milliarden DM in Nordrhein-Westfalen allerdings bedarf einer differenzierten Betrachtung. Die Einlassung des Innenministers, die Höhe der Sozialausgaben beruhe ausschließlich auf der Zahl der Arbeitslosen, ist falsch.

Von den 48 Milliarden DM Sozialhilfe bundesweit werden ca. 18 Milliarden DM für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt - das ist der Teil, der landläufig als Sozialhilfe angesehen wird - benötigt. Der Rest von 30 Milliarden DM war aber für die Versorgung Behinderter und für die Pflege alter Menschen da. Das mußte aus den Gemeindekassen insgesamt gezahlt werden, und die Verhältnisse, die bundesweit gelten, gelten sicherlich in ähnlicher Weise auch für Nordrhein-Westfalen.

Für die Höhe der Sozialhilfeszahlungen sind also ursächlich:

Erstens: die Pflege alter und kranker Menschen.

- (B) Zweitens: die Versorgung der Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen.

Drittens: die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die deshalb in Nordrhein-Westfalen besonders hohe Kosten verursachen, weil insgesamt die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen weit über der der meisten anderen westdeutschen Länder liegt. Die verfehlte SPD-Wirtschaftspolitik läßt grüßen!

Viertens: Geänderte gesellschaftliche Verhältnisse, zerrüttete Ehen, zerbrochene Familien erfordern einen immer höheren Anteil der Sozialhilfeleistungen. Im Kreis Warendorf, meinem Heimatkreis, stieg die Zahl der Ehescheidungen von 1992 auf 1993 um ca. 19 %. Diese Zahlen sind sicherlich auch für andere Regionen des Landes ähnlich oder gar noch höher.

Weil viele Elternteile Kinder versorgen müssen und wollen, erwachsen daraus unmittelbar immer stärker steigende Sozialhilfekosten, die die Gemeinden tragen müssen.

Fünftens: Die Zahl der Asylbewerber belastete in 1993 in hohem Maße die Sozialhilfe, insbesondere weil die SPD die Verabschiedung des Asylkompromisses immer

wieder verzögert hat. Davon war heute morgen hier schon die Rede. Wäre das alles zwei Jahre eher geschehen - Milliardenbeträge hätten sich Land und Gemeinden ersparen können. (C)

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig ist die Landesregierung seit Jahren gegenüber den Gemeinden im Zahlungsverzug - und das, meine Damen und Herren, ist ein einziger Skandal! Wer den Gemeinden zum jetzigen Zeitpunkt, heute, am 7. September 1994, Hunderte von Millionen DM vorenthält und gleichzeitig die Defizite der Kommunalhaushalte beklagt, der handelt unverantwortlich, der kann nicht Anwalt der Städte sein, der macht unsere Städte nicht stark, sondern schwach.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt also festzustellen: 4,2 Milliarden DM Defizit. Das ist ein erschreckender Betrag!

Die Zahl der Kommunen, in denen ein Haushaltsausgleich nicht gelingt, nimmt zu. In einer größeren Anzahl von Städten und Gemeinden kann der Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren nur durch Entnahme finanzieller Mittel aus der allgemeinen Rücklage erreicht werden, so denn noch eine vorhanden ist.

Das ist die objektive Lage der Kommunen. Die Gemeinden klagen zu Recht, weil sie gerade in Nordrhein-Westfalen unter finanzieller Not leiden, weil die Daseinsvorsorge vor Ort für die Bürger in weiten Teilen des Landes gefährdet ist. (D)

Der Ministerpräsident, der zur Kommunalpolitik, der zu kommunalen Finanzen jahrelang geschwiegen hat - wahrscheinlich, weil er zu Höherem abheben wollte -, entdeckt plötzlich, aber nicht unerwartet - der Wahltag läßt grüßen! - die kommunale Politik. Vor dem Hintergrund der riesigen finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen versucht er nun, wie in vielen anderen Fällen vollkommen zu Unrecht, jede Verantwortung der Landesregierung abzuleugnen und dem Bund allein die Schuld in die Schuhe zu schieben. Das zeugt von wenig Verantwortungsbewußtsein; das ist wahrlich ein untauglicher Versuch.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wo liegen denn tatsächlich die Ursachen der finanziellen Misere der Städte und

(Leifert [CDU])

- (A) Gemeinden in unserem Lande in dem schon abgeschlossenen Rechnungsjahr 1993? Das sind ja die Zahlen, die immer wieder verbreitet werden.

Wo liegen denn die Ursachen der finanziellen Misere der Städte und Gemeinden heute, am 7. September 1994? Die Ursache dieser finanziellen Misere liegt nicht in der beabsichtigten Kürzung des Bezugszeitraums der Arbeitslosenhilfe. Das kann nicht sein. Das kann die Ursache nicht sein. Die Gesetze sind nicht geändert. Bisher mußte noch keine Mark an Arbeitslosenhilfe durch Sozialhilfegeld ersetzt werden. Das sind heute die Fakten.

Nein, meine Damen und Herren, eine solche Belastung könnte erst dann wirksam werden, wenn Johannes Rau im Bundesrat einem solchen Gesetz, einer Änderung des AFG zustimmen würde.

(Minister Dr. Schnoor: Sagen Sie doch einmal Herrn Blüm, er soll es nicht vorlegen!)

- Lieber Herr Innenminister, ich persönlich kann einem solchen Vorhaben keine Zustimmung geben, wenn nicht ein wirklich adäquater, durchgerechneter und vollwertiger Ausgleich für die Gemeinden vorliegt. Allerdings: Ursache der Finanzmisere heute ist dieses Vorhaben nicht.

- (B) (Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nein, meine Damen und Herren, bei allen Einlassungen der SPD zu diesem Thema handelt es sich um lautes Kriegsgeschrei zur Tarnung der eigenen, in der weiteren und näheren Vergangenheit durchgezogenen Kürzungen und Griffe in die Gemeindekassen.

Die Ursachen für die jetzige kommunale Finanzmisere sind viele. Schaut man aber genau hin, sind die Ursachen fast ausschließlich landespolitischer Natur.

Erstens. Die schwierige konjunkturelle Lage im Jahre 1993 und zu Beginn dieses Jahres, die Gott sei Dank jetzt durch einen erfreulichen wirtschaftlichen Aufschwung abgelöst wird, führte zu erheblichen Einbrüchen bei den Gewerbesteuereinnahmen. Das trifft die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden besonders hart, da in den vergangenen zehn Jahren das Wirtschaftswachstum im Vergleich mit anderen westdeutschen Bundesländern unterdurchschnittlich war.

Die Wachstumslücke von 7,2 vom Hundert in diesen zehn Jahren führt zu einem jährlichen Steuereinnahmeausfall von 4,5 Milliarden DM in Nordrhein-Westfalen.

Damit entgeht bei einem Verbundsatz von 23,0 vom Hundert den Städten und Gemeinden mehr als 1 Milliarde DM.

Die Landesregierung mit der langjährig andauernden katastrophalen Wirtschaftspolitik und mit ihrer Technik- und Innovationsfeindlichkeit trägt die Verantwortung. Falsche Landespolitik bestraft die Gemeinden.

Zweitens. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind nach der Wiedervereinigung 1991 unter denkbar schlechten finanziellen Voraussetzungen mit den Belastungen aus den Transferleistungen an die neuen Länder zur Beseitigung der Erblasten des Sozialismus konfrontiert worden. Von 1982 an wurde der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen von der Landesregierung und von der SPD-Mehrheit erheblich gekürzt. Der Verbundsatz wurde von 28,5 % auf 23,0 % gesenkt. Der Anteil der Grunderwerbsteuer wurde von 64 % auf 23,0 % gesenkt. Der Anteil an der Kfz-Steuer wurde von 30 % auf 0,0 % zusammengestrichen. Der Anteil an der Gewerbesteuer wurde von 28,5 % auf 0 % zusammengestrichen.

Meine Damen und Herren! So wurden Milliarden in die Landeskasse umgeleitet. Diese Anteilskürzungen sowie eine Vielzahl von Veränderungen und Befrachtungen des kommunalen Steuerverbundes führten zu einem Einnahmeverlust der Kommunen von mindestens 4,6 Milliarden DM pro Jahr. Diese Kürzungen wirken sich auf unsere Städte erheblich aus.

Ich nenne einige Zahlenbeispiele: Dortmund entgehen so jährlich 255 Millionen DM, Duisburg 244 Millionen DM, Köln 204 Millionen DM, Bochum 144 Millionen DM und den Städten im Kreis Lippe 47,7 Millionen DM.

Eines steht fest: Die Landesregierung ist der eigentliche Urheber der kommunalen Finanznot.

(Beifall bei der CDU)

Da werden diese ständigen Kürzungen, Herr Innenminister, immer wieder mit der mangelnden finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes begründet.

(Minister Dr. Schnoor: Nein, das ist es nicht - -)

Zum einen: Bestand und besteht diese mangelhafte Leistungsfähigkeit des Landes tatsächlich, dann hat die Regierung Rau seit 1978 bewußt oder aus Dummheit diese mangelhafte Leistungsfähigkeit selbst herbeigeführt. Zum anderen spricht der Vergleich folgender

(C)

(D)

(Leifert [CDU])

- (A) Zahlen Bände: Von 1981 bis heute stiegen die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden um 100 %, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer des Bundes um 125 %, die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen selbst um 90 %.

Aber, der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes, also die Verbundmasse, stieg im gleichen Zeitraum lediglich um 23,0 %. Von den vier wichtigen Säulen kommunaler Einnahmen ist eine nur unzureichend mitgewachsen und bringt so das Gebäude der kommunalen Finanzeinnahmen zum Einsturz.

Meine Damen und Herren, auch der Vergleich des Verbundsatzes von 23,0 % mit dem anderer Bundesländer zieht nicht, denn in keinem anderen Bundesland sind so viele öffentliche Aufgaben den Kommunen übertragen wie in Nordrhein-Westfalen. Man sollte also nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wo mehr Aufgaben durch die Kommunen erfüllt werden, da muß der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen auch größer sein.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren! Mit diesen Kürzungen zugunsten der Landeskasse haben die Kommunen einen erheblichen, ja, fast den einzigen Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt geleistet. Die Sparkommissare des Landes sitzen also nicht in der Landesregierung - nein, sie sitzen als Bürgermeister und Stadtdirektoren, als Ratsmitglieder und Fraktionsvorsitzende in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

Meine Damen und Herren! Das Land ist bis heute - ich hatte es erwähnt - den Kommunen mindestens 400 Millionen DM an Kostenersatz für Leistungen für Asylbewerber schuldig geblieben. Das sind allein 10 % des kommunalen Defizits im Jahre 1993. Weil, wie der Innenminister sagt, sich das Land in seinen eigenen, fürchterlich komplizierten Vorschriften verfangen hat, müssen die Gemeinden auf Zahlungen aus den Jahren 1991, 1992 und 1993 eine Ewigkeit warten.

(Minister Dr. Schnoor: Die haben Sie ja mit beschlossen!)

- Die haben Sie als Landesregierung mit Ihrer Mehrheit und den Regierungspräsidenten in den Ausführungsbestimmungen so festgesetzt.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

- (C) Meine Damen und Herren, ich stelle noch einmal fest: Hätten Sie gehandelt, wie Sie letztendlich zwei Jahre zu spät gehandelt haben, hätten Sie dem Asylkompromiß vorher zugestimmt - viele Hunderte von Millionen wären allen erspart geblieben.

Ich stelle zu diesem Thema noch eines fest: Eine staatliche Aufgabe - und das ist die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern - wird hier auf die Kommunen abgewälzt, und die Landesregierung versucht immer wieder, sich diesen Finanzierungspflichten zu entziehen.

Die verschiedenen Änderungen im GTK haben dazu geführt, daß die Zuweisungen des Landes an die Kommunen für den Bau von Kindergärten um insgesamt 280 Millionen DM geringer ausfielen, als dies nach alten Regelungen der Fall gewesen wäre.

"Kommunen in Not", so schrieb der Innenminister im vergangenen Jahr. Ja, unsere nordrhein-westfälischen Kommunen sind in besonderer Not. Aber Verursacher dieser Not ist in besonderem Maße diese Landesregierung. Ich zähle noch einmal auf: 1 Milliarde DM minus wegen verfehlter Wirtschaftspolitik, 4,6 Milliarden DM minus wegen Kürzung des Anteils an den Landessteuereinnahmen, 400 Millionen DM minus wegen ausbleibender Zahlungen für die Asylbewerber, 280 Millionen DM minus wegen verminderter Zuweisungen für die Kindergärten. Das ist die Lage. Bei 4,2 Milliarden DM Gesamtdefizit dürfen Sie nun dreimal raten, wer der Verursacher ist.

(D) Meine Damen und Herren, chronische Magersucht durch Entzug der Landeskost, das ist das Krankheitsbild, das ist die Lage in unseren Städten und Gemeinden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zusätzlich sind auch von den Kommunen - und selbstverständlich auch von den Kommunen - finanzielle Leistungen zum Wiederaufbau in den neuen Ländern zu erbringen. Den Hauptteil der Last trägt der Bund. Das ist hier eben dargestellt worden. Das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen haben in 1995 rund 5,3 Milliarden DM aufzubringen. Aber ich bleibe dabei: Die Verteilung zwischen Land und Kommunen ist und bleibt ungerecht. Mit 44 % sind die Kommunen an den Belastungen beteiligt, an

(Leifert [CDU])

- (A) Steuermehreinnahmen, z. B. bei der Einkommensteuer oder bei der Mehrwertsteuer, allerdings nur zu 23 %.

(Minister Dr. Schnoor: Das hat doch Ihr Bundesgesetzgeber beschlossen!)

- Diese ungerechte Verteilung der Belastungen, Herr Innenminister, wurde doch maßgeblich in den Verhandlungen im Bundesrat vom Finanzminister dieses Landes, Herrn Schleußer, durchgedrückt. Sie nehmen im Bundesrat den Bund in die Mangel und beklagen nachher, was beim Kompromiß herauskommt. Sie sind nicht die Anwälte der Kommunen im Bundesrat. Das kann ich Ihnen an vielen anderen Stellen beweisen.

(Beifall bei der CDU)

Da gab es doch den Rat der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der EU: 24 Sitze für Deutschland, regional und lokal. Nur mit Hilfe des Bundeskanzlers und gegen den erklärten Willen dieser Landesregierung und des Bundesrates konnten die Kommunen schließlich drei Sitze in diesem Gremium erlangen. So handeln Sie immer und immer wieder.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Durch die Politik der CDU sind die Kommunen erst in die finanzielle Krise geraten! - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

- (B) Meine Damen und Herren, Sie nutzen das Machtinstrument des Bundesrates ausschließlich für Ihre Landesregierungsinteressen, aber nicht für die Interessen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Der Anteil der Kommunen an der Einkommensteuer des Bundes beträgt seit 1980 unverändert 15 v. H. Nicht ein Zehntel Prozentpunkt wurde verändert. Stellen Sie sich einmal vor, was für ein Geschrei wir von der SPD hätten erleben müssen, wenn dieser Anteil so wie der Anteil der Kommunen an den Landessteuern gekürzt worden wäre. Das wäre unvorstellbar. Da wäre der Tod der Gemeinden und vieles andere mehr heraufbeschworen worden. Nein, meine Damen und Herren, hier muß Wahrheit und Klarheit gelten. Die Ursachen für die jetzige Misere - für jetzt geschlossene Schwimmbäder, für jetzt nicht durchgeführte Jugendarbeit, für jetzt eingestellte Arbeitsloseninitiativen -

liegen einzig und allein in der Finanzpolitik dieser Landesregierung in der Vergangenheit. (C)

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: So ein Unsinn!)

Mit der Vorlage des GFG 1995 setzt die Landesregierung ihre Wurstelei und Verschleierungstaktik beim kommunalen Finanzausgleich fort.

Erstens: Der kommunale Steuerverbund - das ist der Anteil an den Steuereinnahmen - sollte in gleichem Maße steigen wie die Ausgaben des Landeshaushalts. Das war der hohe und hehre Anspruch, den der Ministerpräsident in Regierungserklärungen gesetzt hat. Nichts ist damit! Mit einer sehr trickreichen, aber unglaubwürdigen Rechnung versucht der Finanzminister diesem Anspruch wenigstens pro forma gerecht zu werden. Die Ausgaben des Landeshaushalts steigen um 4,1 v. H.; das ist Faktum. Um aber nicht den Verbund oder zumindest die Schlüsselzuweisungen ebenfalls um 4,1 v. H. steigen lassen zu müssen, ebenso rechnet der Finanzminister flugs die Ausgaben für den Fonds Deutsche Einheit und für den Länderfinanzausgleich heraus. Und dann kommt er auf das berühmte eine Prozent. Ich darf allerdings feststellen: Die Gewerbesteuerumlage und deren Erhöhung sind für die Gemeinden auch Ausgaben, obwohl sie mit dem Fonds Deutsche Einheit und mit den Kosten der Einheit begründet werden. Daraus schließt der Finanzminister dann - wie immer falsch und messerscharf -: Nur 1,0 v. H. an Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen. (D)

Diese Verfahrensweise führt zu dem abenteuerlichen Verhältnis, daß in 1995 die Steuereinnahmen des Landes um 4,5 % steigen und die Verbundmasse um 2,4 % sinkt. Von einem gerechten Anteil der Kommunen kann keine Rede sein.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Die schwächste politische Ebene wird wieder über den Tisch gezogen.

(Minister Dr. Schnoor: Die Verbundmasse sinkt um 4,5 %?)

- 2,4 %.

(Minister Dr. Schnoor: Herr Schauerte hat gerade von 5,6 % gesprochen!)

In Ihrer Einbringungsrede, die Sie hier haben verlesen lassen, Herr Innenminister, haben Sie auf besondere

(Leifert [CDU])

- (A) bestimmte Ausgaben an bestimmte Gemeinden als große Wohltat hingewiesen: 20 Millionen DM für Gemeinden mit Freizeitfunktionen, 50 Millionen DM für Gemeinden mit Standortnachteilen, 210 Millionen DM Schuldentlastungshilfe für die ehemaligen Ausgleichsstockgemeinden, 10 Millionen DM Entlastung für Gemeinden mit den höchsten Abwassergebühren.

Aber, meine Damen und Herren, was ist das denn? Was sind das denn für Zahlungen? Sind das Leistungen des Landes? Es sind keine Leistungen des Landes und schon gar keine Zahlungen der Landesregierung. Das alles wird aus dem Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen in Höhe von 23 % bezahlt. Die Kommunen zahlen sich ihre Wohltaten selbst, die Gemeinschaft der Gemeinden für die anderen. Denn würden diese Beträge nicht so verausgabt, ständen sie allen anderen Gemeinden als zusätzliche Schlüsselzuweisungen zur Verfügung.

(Abgeordneter Wirtz [SPD]: Damit waren Sie doch einverstanden!)

- Natürlich waren wir damit einverstanden. Dann darf man sich aber nicht hier hinstellen und sagen: Das sind Wohltaten der Landesregierung und des Landes.

(Minister Dr. Schnoor: Das habe ich nicht gesagt. Das ist nicht wahr. Das ist die Leistungsfähigkeit des kommunalen Finanzausgleichs.)

(B)

- Entweder haben Sie Ihrem Kollegen, Herrn Krum-siek, etwas Falsches aufgeschrieben, oder er hat es nicht richtig vorgetragen. Eines von beidem kann es nur sein. Sie können das ja nachlesen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Kreditierung sagen. Wir waren gegen die Kreditierung, weil sie den Gemeinden nicht vorhandenen Reichtum vorgaukelte. So wie diese Kreditierung falsch war, ist auch deren Rückzahlung in 1995 falsch. Wenn der Innenminister sagt, 1996 und 1997 würden finanziell noch schlimmere Jahre, dann geht er von falschen politischen Voraussetzungen aus. Mit einer solchen Aussage geht er nämlich davon aus, daß nach dem 16. Oktober eine Regierung aus SPD und GRÜNEN, von der PDS gestützt, die Macht übernehme.

(Lachen des Ministers Dr. Schnoor)

Dann allerdings, meine Damen und Herren, wird es für die Kommunen und für uns alle noch viel schlimmer, als selbst der Innenminister sich das heute denken kann.

Eine solche Konstellation würde den Wirtschafts- und Finanzstandort Deutschland nachhaltig zerstören. (C)

(Lachen bei der SPD)

Das finanzielle Fiasko auch für die Städte und Gemeinden wäre in einem solchen Fall unermeßlich.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Wer hat denn das finanzielle Desaster der Kommunen in den letzten zwölf Jahren zu verantworten?)

Wenn aber unser Bundeskanzler weiterhin Helmut Kohl heißen wird,

(Abgeordneter Wirth [SPD]: Um Himmels willen!)

was wahrscheinlich ist und der Vernunft der Wähler entspricht, dann wird sich das in 1994 eingesetzte Wachstum weiter verstärken, dann wird der Aufschwung im kommenden Jahr erheblich an Schwung gewinnen und dann, aber auch nur dann, können die Steuereinnahmeerwartungen und auch die Einnahmeerwartungen von Ländern und Kommunen erheblich verbessert werden.

(Zustimmung der Abgeordneten Hieronymi [CDU]) (D)

Meine Damen und Herren! Selbst die Verteilung des Mangels gelingt im GFG-Entwurf 1995 nicht. Standen in 1994 den Kommunen noch 11,36 Milliarden DM als allgemeine Zuweisungen und Investitionspauschalen zur freien Verfügung, so sinkt dieser Betrag in 1995 um 93,9 Millionen auf 11,27 Milliarden DM. Das ist der falsche Weg. Insbesondere die Fast-Halbierung der allgemeinen Investitionspauschale paßt nicht in die Linie, die rein projektbezogenen Zweckzuweisungen abzubauen, um damit Bürokratie zu vermindern und das Gängelband für die Kommunen zu lösen.

Der Solidarbeitrag in Höhe von 367,5 Millionen DM, der bisher zugunsten der Landeskasse dem Verbund entnommen wurde, entfällt. Hierbei ist aber zu beachten, daß zusätzlich 900 Millionen DM an Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden in die Landeskasse zu zahlen sind.

Auffallend ist bei dem Entwurf auch, daß in einigen Positionen der Zweckzuweisungen kaum noch eine freie Spitze für neue Bewilligungen vorhanden ist und der Bewilligungsrahmen ausschließlich aus neuen Verpflich-

(Leifert [CDU])

- (A) tungsermächtigungen geschaffen wird. Das gilt insbesondere für den Bereich Stadterneuerung. An freier Spitze, also an tatsächlichem Geld, das 1995 dafür vorhanden ist, stehen 333 000 DM zur Verfügung. Um aber noch einen Bewilligungsrahmen für neue Maßnahmen zu bekommen, werden neue Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 355 - nicht tausend, sondern - Millionen DM in den Haushalt und in das GFG eingestellt. Diese Verpflichtungsermächtigungen sind ein reiner Wechsel auf die Zukunft, sie müssen in Zukunft zurück eingelöst werden. Sie verhindern eine vernünftige Umstrukturierung des kommunalen Finanzverbundes auf Dauer.

Meine Damen und Herren! Die wichtigste Forderung lautet: Der kommunale Steuerverbund ist zu einem echten Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen umzubauen. Dazu ist es notwendig, die Zweckzuweisungen noch weiter abzubauen und den verbleibenden Rest unter Neuberechnung der Finanzverteilung in den allgemeinen Landeshaushalt zu überführen. Ein solcher Umbau dient der Wahrheit und Klarheit der Finanzbeziehungen, dient aber auch und vor allem der Selbstdisziplin der Landespolitik und verhindert so umfangreiche, aber meist unbemerkte Kürzungen des kommunalen Anteils an den Steuereinnahmen.

- (B) Meine Damen und Herren, für die Zukunft sehe ich erhebliche Gefahren auf die kommunalen Finanzen zukommen. Da ist erstens das Trauerspiel Pauschalierung der Zahlungen des Landes nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. 380 DM pro Monat und Asylbewerber wurden angeboten. Zwei Aktuelle Stunden und massiver Druck der Gemeinden waren notwendig, damit der Innenminister und die Landesregierung sich schließlich zu einer Pauschale von 675 DM pro Monat und Asylbewerber bewegten. Immer wieder suchte der Innenminister auch hier andere Schuldige.

Notwendig ist eine Pauschale in Höhe von mindestens 800 DM. Die kommunalen Spitzenverbände und andere haben nachgewiesen, daß die durchschnittlichen Kosten für die Versorgung eines Leistungsberechtigten bei etwa 600 DM pro Monat liegen. Hinzu kommen die Kosten der Unterbringung, die etwa 200 DM betragen. Es ist nicht einzusehen, daß hier eine Landesaufgabe nicht zu 100 % vom Land finanziert wird, sondern allerhöchstens zu 80 %. Das, meine Damen und Herren, ist nicht hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Schwierigkeiten - und das darf man nicht verhehlen - kommen auch auf die Städte und Gemeinden zu, ich

sage es noch einmal, wenn bundesgesetzlich durchgesetzt wird, daß der Bezugszeitraum für die Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe verkürzt wird. Das können wir unter Umständen nur dann hinnehmen, wenn ein voller Ausgleich dafür vom Bund gewährt wird.

(Abgeordneter Rohe [SPD]: Ja, eben!)

Wir alle sind gern bereit, die Landesregierung im Bundesrat dann wirklich einmal zu stützen, wenn sie für die Kommunen etwas tun will. Wir stützen sie aber nicht, wenn sie auf der einen Seite für Land und Kommunen etwas erreicht und auf der anderen Seite den Teil, der den Kommunen zusteht, selbst im Sack behält.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das hat sie noch nie getan!)

Das, meine Damen und Herren, geht nun beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Große Sorge habe ich auch bei der Umsetzung der Pflegeversicherung. Da gibt es einen ersten vorläufigen Bericht des Herrn Ministers Müntefering. Die Tendenz dieses Berichts, wenn Sie ihn aufmerksam lesen, geht eindeutig dahin, die durch die Pflegeversicherung bei den Kommunen eingesparten Beträge in Höhe von ca. 1,7 bis 2 Milliarden DM den Kommunen wegzunehmen. Hände weg, meine Damen und Herren, kann ich da nur sagen! Wer zuvor die Lasten aus den explosionsartig ansteigenden Kosten getragen hat - und das waren die Gemeinden, nicht das Land -, dem müssen auch die Entlastungen zugute kommen. Aber ich sehe es schon kommen: Die Landesregierung will sich von ihrem bisherigen Aufwand für Investitionen im Pflegebereich zu Lasten der Gemeinden freimachen. Dann kommt als nächster Hammer wieder: Wir haben im Bundesrat beschlossen, der Bund hat doch ein Gesetz eingebracht, und wir haben einen Kompromiß gemacht. Und schon wieder ist das Geld für die Gemeinden weg.

Ein Gleiches könnte uns bei der Regionalisierung des ÖPNV und des SPNV, des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs, passieren.

Wir haben mit dem Bund gestritten. 7 Milliarden DM waren geboten; 14 Milliarden DM wollten wir haben; 13 Milliarden DM haben wir bekommen. Das war ein Erfolg für Länder und Kommunen.

(Leifert [CDU])

- (A) Es muß aber auch ein Erfolg beider bleiben. Ich habe den schlimmen Verdacht, daß auch bei der Regionalisierung zwar die Aufgabe kommunalisiert wird, das Geld aber zum größeren Teil in Düsseldorf in der Landeskasse behalten wird, und das, meine Damen und Herren, sind die wirklichen Gefahren, die auf die Städte und Gemeinden zukommen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Wer die Zukunft der Städte und der Gemeinden, der Kreise und der Landschaftsverbände im Lande nachhaltig sichern will, der muß deregulieren, der muß Bürokratie abbauen, der muß insbesondere den Städten und Gemeinden mehr Freiheit zur Sparsamkeit geben. Deshalb sage ich: Weg mit der Normenflut, weg mit dem Planungslasso, weg mit dem goldenen Zügel der projektgebundenen Zweckzuweisungen!

(Beifall bei der CDU)

Die kommunale Selbstverwaltungshoheit muß ohne jeden Abstrich beachtet und die kommunale Selbstentscheidungskraft insbesondere in den Städten und Gemeinden gestärkt werden. Die kommunalen Finanzen müssen dauerhaft gesichert werden.

- (B) Die Landesregierung muß endlich ihrer Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden, gegenüber der Daseinsfürsorge für die Menschen vor Ort gerecht werden. Wahrheit und Klarheit, Ehrlichkeit und Durchschaubarkeit tun not - auch und gerade bei Gemeindefinanzierungsgesetzen. Die Politik der verschleierte und vernebelten Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich muß beendet werden. Der kommunale Finanzausgleich darf gerade in Zeiten schwierigster finanzieller Aufgabenstellungen nicht zur Manövriermasse des Finanzministers werden.

Der vorliegende Regierungsentwurf des GFG 1995 genügt den Erwartungen der Menschen in unserem Lande nicht. Er ist in dieser Form von uns nicht mitzutragen. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klöse: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Wilmbusse für die Fraktion der SPD.

(C) Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das GFG 1995 ist das letzte

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Jahresgesetz für die Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden in dieser Legislaturperiode.

Herr Leifert, freuen Sie sich nicht zu früh! Nach Ihrer Rede muß ich sagen: Sie haben keine Aussichten, die Mehrheitsverhältnisse hier zu ändern.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und GRÜNEN)

Weil es denn das letzte Gesetz in dieser Legislaturperiode ist, liegt es nahe, die augenblickliche finanzielle Situation der Gemeinden und die Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren zu beleuchten.

Die von ihrer Bedeutung für Bund, Länder und Gemeinden her alles andere überragende Entwicklung ist das Anwachsen des Schuldenberges beim Bund. Von 1982 bis heute sind die Schulden von 400 Milliarden DM auf 1 Billion 400 Milliarden DM, also um 1 Billion DM, gestiegen. Diese Zahl ist unvorstellbar.

(Zurufe von der F.D.P.)

(D)

- Nein, nein! Das sind wir nicht.

Niemand hätte sich vor zwölf Jahren, als die CDU den Bundeskanzler Schmidt noch einen Schuldenkanzler nannte, vorstellen können, in welche Probleme Bundeskanzler Helmut Kohl unsere Republik führen würde.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Aber dieser Schuldenberg ist nicht nur unvorstellbar; seine Auswirkungen sind auch verheerend.

Der Bund hat kein Geld mehr für die Lösung der wirklich wichtigsten Probleme. Er hat kein Geld mehr für eine wirksame Wirtschaftspolitik; hat kein Geld mehr für dringend notwendige soziale Leistungen. Er versucht deshalb, sich auf Kosten der Länder und Gemeinden aus der Verantwortung und aus der Zahlungspflicht davonzustehlen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Für den Transrapid sind aber noch 10 Milliarden DM da!)

(Wilmbusse [SPD])

- (A) Es ist schon grotesk, daß sich eine Regierung, die diesen Schuldenberg aufgehäuft hat, im Wahlkampf auf ihre angebliche Sachkompetenz beruft.

Herr Kollege Leifert, wenn Sie nun sagen: Wenn es denn zu einem Regierungswechsel in Bonn käme, würde dieses zu einem Fiasko führen - nun, da kann ich doch nur lachen. Wo haben wir denn das Fiasko? Wenn eine Regierung innerhalb von zehn Jahren 1 Billion DM Schulden daraufhäuft und dann erklärt, das sei alles okay, und weiter erklärt, wenn eine andere Regierung käme, gäbe es ein Fiasko - Herr Leifert, wer soll Ihnen denn so etwas noch abnehmen? Das ist doch geradezu ein Witz.

(Beifall bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU - Unruhe)

Nun könnte man ja über diesen Witz lachen, wenn die Auswirkungen für Bund, Länder und Gemeinden, insbesondere aber auch für die Bürger unseres Landes nicht so verheerend wären.

Dieser Schuldenberg hat Auswirkungen auf Menschen, die unmittelbar von Leistungen des Bundes betroffen sind. Der Schuldenberg hat Auswirkungen auf die Länder. Er hat insbesondere auch Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden, und deren finanzielle Situation - da hat Herr Leifert recht - ist tatsächlich schlimm.

(B)

Der Finanzierungssaldo in den Haushalten der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden hat sich 1993 weiter verschlechtert. War dieser Saldo Ende der 80er Jahre noch ausgeglichen, so betrug das Defizit im Jahre 1990 schon 2 Milliarden DM, im Jahre 1992 waren es 3,1 Milliarden DM, und jetzt sind es 4,2 Milliarden DM. Die Gründe sind allgemein bekannt. Dies hängt alles ursächlich mit der verfehlten Politik unserer Bundesregierung zusammen.

Da ist zum Beispiel der schlimmste Konjunkturreinbruch seit dem Kriegsende. In seinem Verlauf sind die Gewerbesteuereinnahmen von 1992 bis 1993 um 10 % gleich 1,1 Milliarden DM gesunken. Nun sagen Sie nur nicht, das sei die Politik der Landesregierung, Herr Leifert! Natürlich ist das die Wirtschaftspolitik; denn jetzt berufen Sie sich ja auch, nachdem Sie meinen, es gäbe einen klitzekleinen Aufschwung, doch schon wieder darauf. Also: Schuld ist die Bundesregierung - ganz klar!

- Zugleich sind die Ausgaben für Sozialleistungen von 1992 zu 1993 um 11,6 % gleich 1,6 Milliarden DM gestiegen. (C)

Und dann kommt für die Städte und Gemeinden noch der Betrag hinzu, den die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden für die deutsche Einheit zahlen müssen. Das werden im Jahre 1995 2,5 Milliarden DM sein.

Herr Leifert, hören Sie doch damit auf zu sagen, die Städte und Gemeinden würden überproportional belastet, und das sei Schuld der Landesregierung. Es ist doch ein Bundesgesetz, das Gesetz zur Gemeindefinanzreform, wonach die Städte und Gemeinden mit 44 % zu beteiligen sind. Es ist doch müßig zu sagen, das habe Herr Schleußer alles gemacht. Die Bundesregierung hat sich da doch nicht von Herrn Schleußer über den Tisch ziehen lassen. So etwas können Sie doch nur erzählen, wenn Sie von den Tatsachen ablenken wollen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das Problem ist, daß die SPD nicht besser ist als die CDU!)

Wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, sich diese Zahlen ansehen - ein Minus von 1,1 Milliarden DM bei der Gewerbesteuer, ein Plus von 1,6 Milliarden DM bei den Ausgaben für Sozialleistungen und über 2 Milliarden DM bei den Ausgaben für die deutsche Einheit -, dann läßt sich leicht feststellen, daß es ohne diese Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen für die Städte und Gemeinden kein Finanzierungsdefizit gäbe. (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Ruppert zulassen?

(Abgeordneter Wilmbusse [SPD]: Ja, gerne.)

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Es kommt leider ein bißchen verspätet, Herr Kollege Wilmbusse; ich hatte mich aber vorhin schon gemeldet. Die 44 %, von denen Sie sprachen, stellen Sie so dar, als sei das eine gesetzliche Verpflichtung für das Land Nordrhein-Westfalen. Von 44 % präzise steht in dem Gesetz gar nichts. Wissen Sie das?

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Das weiß ich. Aber es steht im Gesetz: der Anteil der Steuerkraft der Gemeinden im Verhältnis zur Steuerkraft des Landes. Und

(Wilmbusse [SPD])

- (A) bei der Steuerkraft der Gemeinden werden die Gewerbesteuer, die Grundsteuer und natürlich auch die Schlüsselzuweisungen zusammengezählt, und wenn Sie das ins Verhältnis setzen, kommen Sie auf über 40 %. Das ist so. Ob das nun mit einer genauen Zahl oder mit dieser Beschreibung im Gesetz steht - feststeht, es ist keine Willkür dieses Landes oder der Landesregierung, wie Herr Leifert es immer hinzustellen beliebt, sondern es ist eine bundesgesetzliche Regelung.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Die die Länder erfunden haben! - Minister Dr. Schnoor: Das wird übrigens von den kommunalen Spitzenverbänden gar nicht bestritten!)

Darüber regt sich ja auch sonst niemand auf, außer jemand weiß nicht, was er denn gegen ein GFG einzuwenden hat, und sucht alles aus den Ecken, was man dazu noch sagen könnte.

Was ist zu tun? Aus allen Ecken schallt es, die Städte und Gemeinden müßten sparen, sparen und nochmals sparen. Man kann es ja schon fast nicht mehr hören - diese Aufforderungen, zu denen sich alle Welt berufen fühlt. Dabei sehen wir, daß die Städte und Gemeinden in einem noch nie gekannten Ausmaß sparen. Sie sparen, daß die Köpfe rauchen, und sie sparen - was viel schlimmer ist -, daß das Vertrauen der Bürger in die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden inzwischen erschüttert wird.

(B)

Wir sollten gar nicht verschweigen, daß diese finanzielle Situation auch ihre heilsamen Wirkungen hat. Manche Einrichtungen in den Städten und Gemeinden, manche Leistungen wurden und werden überprüft, und dabei stellt man immer wieder fest, daß sie tatsächlich entbehrlich sind. Aber die Sparmaßnahmen richten sich inzwischen nicht mehr nur auf das Überflüssige, nicht mehr nur auf das Wünschenswerte, sondern inzwischen müssen auch wesentliche Abstriche bei notwendigen Infrastrukturen und bei Dienstleistungen gemacht werden, auf die die Bürger unserer Städte und Gemeinden einen Anspruch haben.

Die Bürger unserer Städte und Gemeinden bekommen inzwischen zu spüren, wohin uns diese Bundespolitik treibt. 1989/90 waren die Bürgerinnen und Bürger gerne bereit, für die deutsche Einheit Opfer zu bringen. Herr Trinius hat vorhin darauf hingewiesen. Damals hat ihnen Herr Kohl und haben ihnen CDU und F.D.P. erklärt, diese Opfer seien gar nicht nötig; die deutsche Einheit könne auch ohne Steuererhöhungen und ohne Sonderbelastungen der Bürger finanziert werden. Da

- hilft es überhaupt nichts, wenn Herr Kohl heute seinen Irrtum eingesteht. Tatsache ist, daß wir alle, insbesondere in den Städten und Gemeinden, unter den damaligen Fehlleistungen zu leiden haben. (C)

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Wäre es denn billiger geworden, wenn Herr Kohl etwas anderes gesagt hätte?)

Die Bürgerinnen und Bürger können nicht mehr auf ein so umfassendes kommunales Angebot zurückgreifen, wie es noch vor einigen Jahren möglich war, und sie müssen tief in die Tasche greifen. Sie müssen zum Beispiel bei höheren Gebühren in die Tasche greifen, weil keine Stadt oder Gemeinde es sich mehr leisten kann, ausfallende Gebühren durch Steuergelder zu ersetzen. Da ist es unverantwortlich, Herr Ruppert, wenn die F.D.P. im Landtag das Ansteigen der Gebühren beklagt und dabei so tut, als würden diese Gebühren in den Städten und Gemeinden fahrlässig oder gar vorsätzlich über das notwendige Maß hinaus angehoben.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Das ist die gleiche F.D.P., die sonst immer darauf drängt, daß derjenige, der Kosten verursacht, diese Kosten auch zu zahlen hat. Es ist die gleiche F.D.P., die in der Gemeindeordnung die Verpflichtung der Städte und Gemeinden, die Gebührenhaushalte zunächst auszureizen, bevor die Kosten aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden, mit beschlossen hat. Und es ist die gleiche F.D.P., die die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden weiter einschränken will, insbesondere durch den Wegfall der Gewerbesteuer. (D)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Sehr gut!)

Das alles ist nicht seriös

(Zustimmung bei der SPD)

und vermittelt nicht die Basis, auf der Städte und Gemeinden sparen und auf der Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit dieses Sparens einsehen können.

Was tut das Land im Hinblick auf diese finanzielle Situation der Städte und Gemeinden? Zunächst: Das Land kann nicht als Bürge auftreten. Es kann nicht das Geld, das den Städten und Gemeinden heute fehlt, im Rahmen des GFG ersetzen. Darüber sind sich alle - ausgenommen einige nicht mehr ernstzunehmende, aber trotzdem nimmermüde Wahlkämpfer - einig.

(Wilmbusse [SPD])

- (A) Aber das Land will den Städten und Gemeinden beim Sparen helfen. So haben wir uns um die sogenannten Standards gekümmert. Wir erinnern uns, daß im vorigen Jahr die Forderung erhoben wurde, alle Standards sollten abgeschafft oder zumindest auf fünf Jahre ausgesetzt werden. Eine Beschäftigung mit den Tatsachen hat gezeigt, daß dies so nicht geht. Es war schon lustig und auch entlarvend, daß diejenigen, die diese Forderung am lautesten erhoben haben, auch diejenigen waren, die am lautesten protestiert haben, als es an die Abschaffung einzelner Standards ging. Ich brauche nur an die Diskussion zur Reduzierung der Vorschriften der VOB bzw. der VOL zu erinnern, wo sich sehr schnell die Reihen neu geordnet haben und unter dem Einfluß der Interessenverbände die Beibehaltung dieser Standards nachhaltig gefordert wird.

Herr Leifert, es ist schon sehr lustig, wenn Sie ausgangs Ihrer Rede wieder darauf hinweisen, daß natürlich die Gängelei aufhören muß. Wo bleiben Sie denn, wenn es zum Beispiel um die Abschaffung der Standards bei der Erstattung der Kosten für die Asylbewerber geht? Wo bleiben Sie denn? Wir wollen es wenigstens bei der Pauschalierung der Mittel für die Schulbauförderung einmal sehen.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Die Landesregierung hat gehandelt und in guter Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und unter Zuhilfenahme von Sachverständigen inzwischen 500 Standards untersucht und 110 abgebaut. Was für mich viel wichtiger ist, ist die Einführung eines Standard-Controllings, ein Verfahren, wonach Verwaltungsvorschriften nur dann eingeführt werden, wenn sie zunächst auf ihre Notwendigkeit hin überprüft worden sind. Dabei haben die kommunalen Spitzenverbände die Rolle eines Frühwarnsystems behalten. Das heißt, wenn sie mit einem solchen neuen Standard nicht einverstanden sind, dann kann dieser nur durch Beschluß der Staatssekretärkonferenz oder des Kabinetts eingeführt werden.

Dann haben wir uns mit den Pauschalierungen befaßt und alsbald festgestellt, daß das, was auf den ersten Blick vernünftig erscheint und was von so vielen gefordert wird, ein Ding mit Haken und Ösen ist.

Ich erinnere an die Pauschalierung der Zuwendungen des Landes zu den Abwassermaßnahmen. Welche Schwierigkeiten hatten wir bei der Einführung, und wie schnell war die Opposition dabei, dieses heute inzwischen weithin anerkannte Verfahren zu kritisieren! Wenn ich noch einmal darauf zurückkommen darf: Bei

der Pauschalierung der Erstattung der Kosten für die Asylbewerber haben Sie, Herr Leifert, eben noch einmal kräftig auf den Putz gehauen und gesagt, 675 DM seien nicht genug, es müßten 800 DM sein; 175 DM für die Erstattung der Unterbringung seien nicht genug, es müßten 200 DM sein. (C)

Sie müssen sich das einmal überlegen und vor Ort ansehen. Gehen Sie einmal in die Städte und Gemeinden und sehen Sie sich an, wie Asylbewerber untergebracht sind: zu zweit in einem Zimmer, zu dritt in einem Zimmer, zu viert in einem Zimmer, manchmal noch mehr. 175 DM pro Asylbewerber bedeuten: Die Städte und Gemeinden bekommen für ein Zimmer bei Unterbringung von zweien auf einem Zimmer 300 DM erstattet, bei dreien sind es schon 425 DM, bei vierten sind es 700 DM. 700 DM Erstattung der Unterbringungskosten für ein Zimmer! Da muß ich wirklich sagen: Wohin soll es denn führen, wenn wir diesen hier lautstark vorgebrachten Forderungen nachgeben und uns nicht einmal überlegen, wohin das führen soll! Wie soll das eigentlich mit den Empfängern von Sozialhilfe sein, die auf einem kleinen Raum wohnen müssen. Man muß das doch miteinander vergleichen können.

(Beifall bei der SPD)

Es kann doch wohl nicht sein, daß Sie, nur um hier Stunk zu machen, übermäßige Forderungen stellen. Ich wenigstens werde mich daran nicht beteiligen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß 675 DM ein Kompromiß sind, daß dies eine Pauschale ist, mit der das Land leben muß und die Gemeinden leben können.

Weithin beachtet wurde die Einführung der sogenannten Experimentierklausel in der Gemeindeordnung. Ich will im einzelnen nicht darauf eingehen, aber darauf verweisen, daß wir hier einen Weg gehen, der den Städten und Gemeinden, die unkonventionelle neue Wege gehen wollen, hilft.

Das alles wird helfen, aber - ich betone es noch einmal - das alles ist kein Ausgleich für das Finanzierungsdefizit von über 4 Milliarden DM.

Es gibt auch keine ernst zu nehmenden Stimmen, die das fordern - ausgenommen vielleicht die Herren Linsen und Leifert. Es ist ja geradezu rührend, daß in diesem Zusammenhang wiederum die Forderung auftaucht, der Verbundsatz von 23 % müsse auf 28,5 % angehoben werden. Meine Herren, das ist ein alter Hut,

(Wilmbusse [SPD])

- (A) den Sie sich da aufsetzen. Sie setzen ihn sich deshalb auf, weil Ihnen nichts anderes mehr einfällt.

Was haben wir über dieses Thema schon geredet! Was sind da nicht alles schon für Zahlen gewälzt worden. Tatsache ist doch, daß seit Jahren niemand mehr in diesem Hause die Forderung erhebt, den Satz von 23 % auf 28,5 % anzuheben. Dazu sind zu den letzten GFGs keine Anträge mehr gestellt worden. Wenn Sie aber keine Anträge mehr stellen, das Ganze also gar nicht mehr ernst meinen, dann frage ich mich: Warum bringen Sie es dann mit so großem Aufwand in die Öffentlichkeit?

(Abgeordneter Leifert [CDU]: Habt ihr nun gekürzt oder nicht?)

- Tatsächlich ist es doch so gewesen, daß die anderen Länder immer nur 23 % gezahlt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Leifert [CDU])

Wir haben Ihnen in einer Kleinen Anfrage doch schon vorrechnen lassen, was es gebracht hätte, wenn sich das Land Nordrhein-Westfalen genauso verhalten hätte wie die CDU-geführten Bundesländer, die immer bei 23 % geblieben sind: 20 Milliarden DM wären insgesamt weniger in die Gemeindekassen geflossen. Das ist doch die Realität! Und wenn ich mich darüber unterhalte, wie heute die finanzielle Situation des Landes ist und ob das Land vielleicht über seine Verhältnisse gelebt hat, dann müßten wir uns eventuell darüber unterhalten, ob es richtig war, den Gemeinden soviel mehr zu geben als im Durchschnitt der anderen Länder.

(B)

20 Milliarden DM - das ist ja wohl ein Wort. Heute beklagen Sie, daß das Land dieses nicht mehr fortsetzt. Das tun übrigens kein kommunaler Spitzenverband und kein erfahrener Kommunalpolitiker mehr, weil sie natürlich wissen, daß sich auch das Land nach der Decke strecken muß.

Es ist geradezu absurd, wenn heute morgen zunächst Herr Schauerte herkommt und mit Riesenaufwand dem Land vorwirft, es spare nicht genug, und anschließend kommen Sie und sagen, das Land gebe nicht genug aus. Was von beidem soll denn im Endergebnis stimmen?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Wilmbusse, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Leifert zulassen? - Bitte schön.

Abgeordneter Leifert (CDU): Herr Kollege Wilmbusse, Ihre Dialektik ist sicherlich phantastisch.

(C)

(Abgeordneter Wilmbusse [SPD]: Sie ist richtig!)

Aber haben Sie denn nicht zur Kenntnis genommen, daß ich klar und deutlich gesagt habe: Mit diesen Kürzungen von mindestens 5,6 Milliarden DM pro Jahr

(Minister Dr. Schnoor: 5,6?)

haben die Städte und Gemeinden, auf die letztlich alles zurückfällt, den erheblichsten Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt geleistet?

(Minister Dr. Schnoor: Das ist nicht zu fassen, Herr Leifert! - Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Das ist nicht zu fassen, da muß ich Ihnen recht geben, Herr Innenminister.

Herr Leifert, wenn das Land den Städten und Gemeinden über Jahre hinweg überdurchschnittlich viel gegeben hat und dieses Überdurchschnittliche abbaut, dann können Sie doch nicht sagen, das sei ein Konsolidierungsbeitrag. Das ist es überhaupt nicht. Dann müssen Sie doch von dem ausgehen, was sich normalerweise Länder und Gemeinden im Zuge des Steuerverbundes teilen, und das sind überall 23 % gewesen. Nordrhein-Westfalen liegt heute mit den 23 % mit Baden-Württemberg zusammen an der Spitze im Hinblick auf das, was die jeweiligen Länder den Städten und Gemeinden geben.

(D)

Vizepräsident Schmidt: Herr Wilmbusse, Kollege Leifert möchte noch einmal nachsetzen.

(Abgeordneter Wilmbusse [SPD]: Bitte!)

Bitte schön.

Abgeordneter Leifert (CDU): Ich weiß ja, Herr Kollege, daß Sie das nicht gern hören. Trotzdem frage ich Sie noch einmal:

Wenn Sie den jetzigen Verbundsatz - den Einnahmeanteil - mit demjenigen anderer Länder vergleichen, müssen Sie dann nicht auch feststellen, daß die kommunale Aufgabendichte in keinem anderen westdeutschen Bundesland so groß ist wie in Nordrhein-Westfalen?

(Leifert [CDU])

- (A) Oder sind diese Darstellungen des Innenministers falsch?

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Ich denke nicht, daß diese Darstellungen falsch sind. Aber wenn ich mich richtig erinnere, waren doch Sie es, die immer darüber geklagt haben, daß sich das Land alles vorbehalte und nicht bereit sei, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und den Städten und Gemeinden auch die Aufgaben zu übertragen. Das sind doch immer Sie gewesen.

(Abgeordneter Leifert [CDU]: Aber zu mehr Aufgaben gehört auch mehr Geld!)

Plötzlich geht alles wieder andersherum.

(Zuruf des Abgeordneten Leifert [CDU])

- Herr Leifert, lassen Sie das, Sie kommen nicht damit durch.

(Beifall bei der SPD)

Herr Leifert, ich muß Sie noch einmal ansprechen. Ich habe in der Presse gelesen, was Sie zu diesem Thema gesagt haben, und das alles als Präsident des Städte- und Gemeindebundes. Das hat mich schon etwas merkwürdig berührt: Im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes haben wir eine Stellungnahme zum GFG-Entwurf verabschiedet, in dem davon nichts steht. Anschließend kommt der Präsident dann her und haut noch einmal richtig auf den Putz. Das hat mich schon ein wenig berührt, muß ich sagen.

- (B)

Warum tun Sie das denn? Warum holen Sie diesen alten Hut wieder aus dem Schrank und versuchen, Aufmerksamkeit zu erwecken, die Sie bei den Kommunalpolitikern übrigens überhaupt nicht mehr erreichen. Das möchte ich Ihnen ganz deutlich sagen. Sie tun das, weil Sie von einem neuen gigantischen Manöver des Bundes ablenken wollen, mit dem er sich auf Kosten der Städte und Gemeinden sanieren, sie vollends ins Chaos stürzen will.

Wir alle wissen, wovon ich rede: von dem Beschluß der Bundesregierung, die Kosten der Arbeitslosenhilfe für diejenigen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, künftig als Sozialhilfe aus den Kassen der Städte und Gemeinden bezahlen zu lassen.

Einmal ganz abgesehen davon, daß ohne jeden Skrupel Arbeitslose offenbar zu Sozialhilfeempfängern gemacht

werden sollen, würde dieses Manöver die Städte und Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen mit einer weiteren Milliarde DM belasten. Das darf nicht sein. Dagegen müssen wir uns wehren.

- (C)

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dorn [F.D.P.])

Meine Damen und Herren von der CDU und F.D.P., da können Sie sich auch durch noch so viele und laut vorgetragene Ablenkungsmanöver nicht aus der Verantwortung stehlen.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Wir werden Sie nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen, sondern immer wieder mahnen, mit uns gemeinsam gegen dieses unsinnige, unseriöse und nicht zu verantwortende Vorhaben der Bundesregierung so lange anzugehen, bis es aufgegeben worden ist.

Herr Leifert, Sie können sich nicht - wie Sie es eben versucht haben - dahinter verstecken, indem Sie gesagt haben, der Herr Rau oder die Landesregierung brauche diesem Vorhaben im Bundesrat nur nicht zuzustimmen. Das ist nämlich nicht zustimmungspflichtig. Darum geht es ja. Deshalb versucht die Bundesregierung, diesen Weg einzuschlagen.

Ich weiß, daß Ihnen dieser Beschluß der Bundesregierung vom Juli diesen Jahres - es ist ein Beschluß, nicht aber eine Ankündigung, wie es uns der Herr Blüm glauben machen will - insbesondere im Wahlkampf wie ein Mühlstein am Bein hängt. Ich weiß, daß das ärgerlich ist. Das entbindet Sie aber überhaupt nicht Ihrer Pflichten. Ich freue mich, daß ich Ihnen ein gutes Beispiel nennen kann: Erinnern Sie sich bitte an die Situation, als die Regierung Schmidt/Genscher die Lohnsummensteuer abschaffen wollte. Damals haben die Sozialdemokraten über die Parteigrenzen hinweg zum Sturm auf Bonn geblasen und eine entsprechende Entlastung erreicht. Ein ähnlich solidarisches Verhalten mit den Städten und Gemeinden im Land erwarten wir heute von Ihnen, nicht nur diese Fraktion und diese Regierung, sondern das erwarten alle Kommunalpolitiker in diesem Lande und auch die Bürgerinnen und Bürger.

- (D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das nicht leisten können oder wollen, müssen Sie ganz still sein, dann dürfen Sie nicht mehr behaupten, auch Sachwalter unserer nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden sein zu wollen.

(Wilmbusse [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren, in dieser Situation diskutieren wir das GFG 1995, dessen Entwurf von den kommunalen Spitzenverbänden auch in der täglichen kommunalen Praxis kaum kritisiert wird. Es gibt - abgesehen von einigen Randproblemen wie zum Beispiel den Kirchenlasten - eigentlich nur zwei Themen, die uns bei den Beratungen besonders beschäftigen werden: Zum Beispiel die Frage, ob der kreditierte Betrag von 286 Millionen DM vom Land noch ein Jahr weiter kreditiert werden sollte. Das werden wir diskutieren.

Ich weise aber schon jetzt darauf hin, daß für eine solche weitere Kreditierung eine entsprechende Deckung im Landeshaushalt gefunden werden muß, wenn man nicht die Verschuldung des Landes, die von vielen auch bei diesen Haushaltsberatungen kritisiert wird, noch höher treiben will. Das wird eine schwierige Beratung werden.

Herr Leifert, folgendes habe ich nicht ganz verstanden: Sie haben gesagt, 1993 seien Sie gegen die Kreditierung gewesen. Wenn Sie also damals schon dagegen gewesen sind, müssen Sie doch heute dafür sein, daß wenigstens wieder zurückgezahlt wird. Denn wenn Sie jetzt auch gegen die Rückzahlung sind, verstehe ich das überhaupt nicht mehr.

- (B) Das nächste Thema befaßt sich mit der Forderung, diejenigen Angehörigen der britischen Streitkräfte, die nicht in Kasernen untergebracht waren, inzwischen aber abgezogen sind, auch 1995 nochmals zu zählen. Dahinter steckt, daß die für diese Einwohner vorgehaltene Infrastruktur die Städte und Gemeinden nach wie vor belastet, weil der Bund nicht in der Lage ist, die entsprechenden Einrichtungen wie Wohnungen, Kasernen oder Geschäfte zu privatisieren. Im vorigen GFG hat es eine Sonderhilfe für die betroffenen Städte und Gemeinden gegeben. Die Verteilungskriterien sind heftig kritisiert worden. Ich stelle fest, daß im GFG 1995 dieser Sondertopf nicht mehr enthalten ist. Wir sollten statt dessen die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer entsprechenden Änderung des § 38 GFG ernsthaft überprüfen und nach Möglichkeit erfüllen.

Übrigens erkennen alle sachverständigen Kritiker das Bemühen der Landesregierung an, mit dem GFG 1995 bis an die Leistungsgrenze des Landes zu gehen und darüber hinaus den Städten und Gemeinden möglichst weiten Spielraum zur Bewältigung ihrer Probleme zu vermitteln. Dabei ist das wichtigste Signal, daß von der Verbundmasse 89,1 % als Schlüsselzuweisungen und, wenn ich die allgemeine Investitionspauschale hinzurechne, insgesamt 93,7 % den Städten und Gemeinden als freie Verfügungsmasse zur Verfügung gestellt wer-

den. Das bedeutet, daß nur noch 6,3 % zweckgebunden sind. Wenn ich daran denke, daß zu Zeiten der SPD/F.D.P.-Koalition unter einem F.D.P.-Innenminister dieser Anteil der Zweckzuweisungen noch bei 30 % lag, wird deutlich, daß es die SPD war, die den Goldenen Zügel abgeschafft hat. Ihre Forderung nach der Abschaffung dieses Goldenen Zügels geht insofern ins Leere, Herr Leifert.

Alle anderen Bestimmungen des GFG zeigen, daß wir es im Lande Nordrhein-Westfalen ernst meinen mit der Kontinuität, daß sich die Städte und Gemeinden in einer schwierigen Zeit auf die Zusagen des Landes Nordrhein-Westfalen verlassen können. Daß dabei die Schlüsselzuweisungen noch um 1 % steigen, ist besonders erfreulich, auch wenn der Ausgleich nur durch eine Absenkung der Zweckzuweisungen um rund 21 % gewonnen werden konnte.

Daß der Herr Schauerte heute morgen hier erzählt hat, bei der Verbundmasse 1995 zu 1994 gebe es ein Minus von 500 Millionen DM, ist wirklich nicht nachzuvollziehen. Da können Sie rechnen, wie Sie wollen. Das ist bei vielen Zahlen so, die der Herr Schauerte bringt. Gucken Sie einmal ins GFG. Dort können Sie sich davon überzeugen, egal, wie Sie es rechnen wollen.

Ebenso wichtig wie die Kontinuität ist beim Finanzausgleich die Solidarität. Auch beim GFG gilt, die Stärkeren eher zu belasten und die Schwächeren eher zu entlasten. Die Frage, ob uns das im richtigen Rahmen gelungen ist, wird zwar vom Verfassungsgericht immer wieder bestätigt, soll aber durch ein Gutachten des IFO-Instituts noch einmal überprüft werden. Wir warten voller Spannung auf dieses Gutachten im Sommer 1995 und denken, daß es dann für das GFG 1996 Auswirkungen haben wird.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat in einer extrem schwierigen Situation einen GFG-Entwurf vorgelegt, der kaum kritisiert wird, an dem die Opposition zwar versuchen wird, sich zu reiben, aber an dem sie sich höchstens die Zähne ausbeißt. Wir werden alle Vorschläge, die dazu noch kommen, sehr ernsthaft und gewissenhaft prüfen und stimmen der Überweisung zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Wilmbusse. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Ruppert. Bitte schön.

(C)

(D)

(A) Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An dieser Stelle wollte ich eigentlich den Ministerpräsidenten ansprechen,

(Zuruf von der SPD: Dann tun Sie es doch!)

der jetzt nicht da ist, und ihm sagen:

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Er war heute morgen da! Er hat nicht gefehlt!)

Er hat mich auf seiner Seite, wenn es darum geht, den Bundesfinanzminister erneut bei dem Versuch zu stoppen, Kosten der Arbeitslosenhilfe auf die Gemeinden zu verlagern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Angesichts der aktuellen Finanzlage in unseren Kommunen hieße dies nämlich, einem Ertrinkenden statt eines Rettungsringes eine Bleiweste zuzuwerfen. Ich kenne zumindest keine Großstadt in Nordrhein-Westfalen, der das Wasser nicht mindestens bis zur Unterkante Oberlippe reicht. Ich finde, einigermaßen originell ist es schon, wenn auch nicht besonders lustig, wenn die CDU-Bundestagsfraktion wie früher schon der Bundesfinanzminister die Gemeinden mit angeblichen Einnahmeverbesserungen und Ausgabenentlastungen aus dem föderalen Konsolidierungspaket und der noch gar nicht existenten Pflegeversicherung reichrechnet und daraus folgert - ich zitiere jetzt wörtlich aus einem Schreiben der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages -:

Dabei gibt es gute Gründe, warum gerade Städte und Gemeinden mögliche Mehrbelastungen, die aus einer Befristung der Arbeitslosenhilfe entstehen würden, tragen können.

Da scheint doch mancher Stratege in einem Luftschloß hoch über der rauhen Wirklichkeit zu thronen. Da ist offenbar der Kontakt zur lokalen Basis völlig abgebrochen, wenn er denn je vorhanden war. Die Wirklichkeit ist nämlich eigensinnig und hält sich nicht an das FKP.

Die Wirklichkeit sieht so aus, wie sie der Innenminister durchaus richtig beschrieben hat: Die Sozialausgaben der Kommunen explodieren, die Gewerbesteuererinnahmen implodieren.

Ich finde es auch gar nicht komisch, und da kann mich nicht einmal der rheinhessische Tonfall fröhlich stimmen, wenn der Landesvorsitzende der CDU in seiner Eigenschaft als Bundesarbeitsminister - oder meinewe-

gen umgekehrt -, Herr Blüm, auf entsprechenden Vorkhalt zum besten gibt: Wenn die Kommunen sich durch die Pläne der Bundesregierung beschwert fühlten, sollten Sie sich gefälligst nach Düsseldorf wenden.

(Minister Dr. Schnoor: Unglaublich so etwas!)

Das Land sei schließlich für die Kommunalfinanzen zuständig. Letzteres stimmt zwar im Prinzip, aber es kann doch wohl nicht so sein, daß der Bund den Kommunen in die Kasse greift und wir dafür die Ausfallbürgschaft übernehmen. Da muß doch auch Ihnen, Herr Kollege Leifert, und Ihnen, Herr Kollege Linssen, etwas blümerant werden.

Wenn ich aber lese: "Rau mobilisiert die Städte in Nordrhein-Westfalen gegen Bonn", dann bin auch einigermaßen platt. Glaubt denn der Ministerpräsident wirklich, daß er dafür der geeignete Mann ist? Auch David wäre mit der Steinschleuder gewiß vorsichtiger umgegangen, wenn es damals schon Glashäuser gegeben hätte.

Wenn jetzt die Landesregierung mit Blick auf Bonn vor einem Anschlag auf die Finanzhoheit der Gemeinden warnt, kommt Sie mir wirklich vor wie ein Vampir, der die Blutarmut seiner Opfer beklagt.

Natürlich befinden sich unsere Gemeinden in der schlimmsten finanziellen Situation seit Jahrzehnten. Aber wer hat Sie denn seit Anfang der 80er Jahre so oft und so vielfältig zur Ader gelassen? Das war doch unsere, mit absoluter Mehrheit ausgestattete sozialdemokratische Landesregierung.

Und da stellt sich der Kommunalminister dieses Landes vor diesen Landtag und erklärt, oder - besser - er hätte es erklärt, wenn er dagewesen wäre. So mußte es der arme Justizminister erklären, der es eigentlich besser weiß, weil er einmal Oberstadtdirektor bei uns zu Hause in Wuppertal war. Herr Schnoor ließ also erklären - ich zitiere -:

Unterstützen Sie uns in der Abwehr weiterer Eingriffe in die ohnehin leeren Taschen unserer Kommunen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Daß ausgerechnet die für die Polizei und den Justizvollzug zuständigen Minister sozusagen in Gemeinschaftsarbeit die Nummer "Haltet den Dieb!" aufführen, hat ja einen gewissen Reiz. Aber wenn Herr Schnoor diesen Anschlag auf die Finanzhoheit der Gemeinden bei der

(C)

(D)

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) Kommunalkonferenz der SPD in Kamen wirklich mit Daten belegt hat, wie ich gelesen habe, so bin ich wirklich gespannt, was das für Daten waren. Eigentlich hätten Sie, Herr Schnoor, nur Ihre Gemeindefinanzierungsgesetze der letzten 14 Jahre vorlegen müssen.

Ich habe gelinde Zweifel, ob unsere Gemeinden dieser Landesregierung und der sie tragenden Mehrheit wirklich so lieb und teuer sind, wie Sie immer beteuern. Daß aber diese Landesregierung unseren Gemeinden teuer zu stehen kommt, das kann man nachrechnen.

Allein die Kürzung des Verbundsatzes von 28,5 % in drei Etappen auf nunmehr 23 % bringt eine Umverteilung von unten nach oben, von den kommunalen Kassen in die Landeskasse, um 3 Milliarden pro Jahr. Und da sind Kürzungen an den Verbundgrundlagen, wie Sie sie mit der Kraftfahrzeugsteuer, der Grunderwerbsteuer und der Gewerbesteuerumlage praktiziert haben, noch gar nicht mitgerechnet. Dann wären es schon über 4 Milliarden DM.

Nun mögen Sie ja, Herr Innenminister, Herr Finanzminister, solche Zahlen für hypothetisch halten, wie Sie es in der ausweichenden Antwort auf die Anfrage der Kollegin Paus getan haben. Aber die Not unserer Gemeinden, die ist nicht hypothetisch, die ist real.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Im übrigen halte ich die Empörung über die "Anschläge" des Herrn Waigel für pure Heuchelei. In Wahrheit können Sie doch laut rufen: Theo, wir danken Dir! - Was hätten Sie Ihren Kommunalpolitikern in Kamen eigentlich erzählen wollen, wenn Waigel nicht gewesen wäre? Hätte denn sonst Friedhelm Farthmann ernstlich und ohne die Gefahr, von den eigenen Leuten ausgelacht zu werden, den dort versammelten SPD-Kommunalpolitikern raten können, sie sollten nicht - ich zitiere aus der Zeitung - sagen, daß ein bestimmtes Schwimmbad geschlossen werden müsse, weil die Kommunen vom Land kein Geld mehr bekämen. Richtig wäre es hingegen zu sagen, das Bad müsse schließen, weil die Schuldenpolitik des Bundes den Kommunen finanziell den Boden unter den Füßen wegzieht. - Herr Farthmann - er ist zwar jetzt nicht anwesend, aber Sie können es ihm weitersagen -, ich muß Sie warnen: Das ist Anstiftung zur uneidlichen Falschaussage. Und das wissen Sie ganz genau. Sie wissen genau, daß der Vorstoß von Waigel praktisch keine Aussicht auf Realisierung hat.

(Minister Dr. Schnoor: Sagen Sie bloß, wegen der F.D.P.?!)

Graf Lambsdorff hat diesen Vorschlag sofort angemessen charakterisiert und gemeint, genausogut hätte Theo Waigel einen Lottogewinn in den Bundeshaushalt einsetzen können. Dieser Versuch ist schon einmal im Bundesrat gescheitert, und er wird es aller Voraussicht nach wieder. Und Sie, die Landesregierung, können selber dafür sorgen. Finanzminister Schleußer hat es vorige Woche ja auch ganz deutlich an dieser Stelle gesagt. Er hat gesagt: Ich bin sicher, daß dieser Punkt keinen Bestand haben wird. - Aber dafür eignet sich dieser Punkt wenigstens wunderbar als Popanz für die politische Geisterbahn. Er erschreckt mächtig, bringt Stimmung in die Wahlkampfbude - darüber können Sie froh sein -, aber da das Gespenst keine Zähne hat, wird am Ende auch niemand gebissen. Kurz gesagt: Das Thema ist so überflüssig wie ein bayerischer Kropf. Ich habe im übrigen keine Angst davor.

So platt, wie sich Herr Farthmann das denkt, wird das Thema kaum irgendwo über die kommunale Rampe kommen, denn auch unsere sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen sind in der Regel nicht aus Dummsdorf. Sie lassen sich auch im Wahlkampf nicht unbedingt zu Märchenonkeln oder -tanten machen.

Man muß nur einmal einen Blick in das Thesenpapier der zehn größten NRW-Städte werfen. Sie sind gewiß von keiner schwarz-gelben Mafia regiert; Herr Kollege Twenhöven, der gerade nicht anwesend ist, bildet da vielleicht die Ausnahme. Sie wenden sich mit ihrer kritischen Analyse und ihren Forderungen gleichermaßen an Bund und Land.

Es ist darin gut nachvollziehbar dargestellt, wie der Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen des FKP gelungen ist. Die Solidaritätslasten im Zuge der Verwirklichung der deutschen Einheit treffen den Bund 1995 mit rund 11 Milliarden DM, die westdeutschen Länder und Kommunen zusammen mit gut 9 Milliarden DM; davon aber tragen die Kommunen allein rund 6 Milliarden DM, also zwei Drittel. Sie sinken für die westdeutschen Länder und Kommunen bis 1997 auf 8,5 Milliarden DM. Aber auch davon tragen die Kommunen dann wieder fast zwei Drittel, nämlich 5,5 Milliarden DM.

Daran sieht man sehr genau, wer beim Finanzpoker die besseren Karten hat. Diesen Trend bestätigt übrigens auch die amtliche Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres. Machte der Anteil aller deutschen Gemeinden am nationalen Steuerkuchen 1993 noch 12,8 % aus, so wird er bis 1998 auf nur 12,1 % schrumpfen. Deutlich schrumpfen wird übrigens auch der Anteil des Bundes von 47,6 auf 42,6 % in 1998. Da ist klar, wer der Ge-

(C)

(D)

(Ruppert [F.D.P.]

(A) winner ist; man kann Herrn Schleußer nur gratulieren. Theo Waigel ist der Verlierer.

(Minister Dr. Schnoor: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Verlierer sind aber auch erneut die Gemeinden.

(Minister Dr. Schnoor: Sie lassen die Refinanzierung des Bundes weg!)

- Das können Sie nachlesen; die Zahlen liegen vor; ich kann Sie Ihnen zeigen, wenn Sie gleich zu mir an den Tisch kommen.

Den Gemeinden rechnen Sie vor, daß sie 44 % der auf das Land entfallenden Solidaritätskosten tragen dürfen. Das ist schon dem Grunde nach fragwürdig. An den Einnahmen des Landes sind die Gemeinden mit 23 % beteiligt,

(Minister Dr. Schnoor: Nein, wo bleiben die 15 % Einkommensteueranteil?)

an den Ausgaben mit 44 %. Damit tut man so, Herr Schnoor, als habe die Wiedervereinigung nur Kosten und nicht auch Mehreinnahmen mit sich gebracht. Diese Mehreinnahmen lassen sich natürlich nicht genau beziffern, aber sie sind doch erkennbar vorhanden, etwa bei der Umsatzsteuer. Und dennoch hat es der Finanzminister dieses Landes fertiggebracht - und der Innenminister hat sich nicht gewehrt -, die Gemeinden in den letzten Jahren auch noch an fiktiven Verlusten - es waren gar keine Verluste vorhanden, denn wir haben mehr eingenommen - bei der Umsatzsteuer teilhaben zu lassen. Die 44 % - Herr Kollege Wilmbusse, der sich eben dazu geäußert hat, ist auch nicht mehr da - sind keineswegs vom Bund oktroyiert. Das war eine Idee, die die Länder durchgesetzt haben, aber auch nicht bezogen präzise auf 44 % - im Schnitt sind es wohl eher 40 % -: 44 % sollen die Gemeinden bei uns in Nordrhein-Westfalen zahlen. Selbst wenn man den Grundsatz eines solidarischen Anteils der Gemeinden nicht in Zweifel zieht - ich tue das gar nicht -, dann erscheinen mir doch die 44 % schon jetzt höchst zweifelhaft. Knapp 44 % - knapp -, das war in etwa der Anteil der kommunalen Steuerkraft 1992. Seither ist aber die Schere erkennbar auseinandergegangen.

Während nämlich die Steuereinnahmen des Landes 1993 noch deutlich gestiegen sind, ist die wichtigste Steuer der Gemeinden - die Gewerbesteuer - schon 1993 um 10 % - das haben Sie gesagt, Herr Schnoor - eingebrochen, und 1994 geht das weiter. Sie haben es

zugestanden, Herr Schnoor. Von einer gleichmäßigen (C) Finanzentwicklung von Land und Kommunen kann also gar nicht die Rede sein.

Die Bemerkung des Finanzministers, es könne für die Gemeinden keine Sonderhilfen geben, wohl aber eine faire Lastenteilung, ist schon einigermaßen zynisch. Die Gemeinden fordern gar keine Sonderhilfen, sie wollen bloß nicht ständig Sonderopfer erbringen. So hat auch das Land das alte Versprechen von Ministerpräsident Rau, die Gemeindefinanzen und die Landesfinanzen sollten sich gleichmäßig entwickeln, längst nachhaltig gebrochen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Zwischen 1981 und 1995 ist das, was das Land den Gemeinden über das Gemeindefinanzgesetz zugeht, gerade einmal um 23,5 % gewachsen - nicht inflationsbereinigt -, in derselben Zeit sind aber die Gesamtausgaben der Gemeinden um 55 % gestiegen und die Gesamtausgaben Nordrhein-Westfalens um 50 %. Die Steuereinnahmen des Landes sind in dieser Zeit sogar um 90 % angewachsen. An diesem Zuwachs hat das Land seine Gemeinden auch nicht annähernd angemessen beteiligt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Landesregierung hat dieses Auseinanderklaffen zwar mit häufig wechselnden Begründungen zu bemängeln versucht, aber wirkliche und nachvollziehbare (D) Gründe sind nie geliefert worden.

Tatsächlich spricht die real existierende Lage der Behauptung hohn, den Gemeinden gehe es doch vergleichsweise glänzend und deswegen könnten sie auch gegenüber dem Land zurückstehen. Gewiß haben sich auch die Gemeinden in den vergangenen Jahrzehnten manches geleistet oder für ihre Bürger geleistet, was bei näherem Hinsehen nicht unbedingt nötig oder jedenfalls wirtschaftlicher möglich gewesen wäre. Aber das unterscheidet doch die Gemeinden gewiß nicht von anderen öffentlichen Händen. Im übrigen wäre ich froh, wenn beim Land der Umbau der Verwaltungsstruktur so zügig voranginge wie bei vielen Kommunen.

Verweisen nicht die zehn nordrhein-westfälischen Großstädte mit Recht darauf, daß, wenn sie alle ihre Bäder, Sportanlagen, Bühnen, Orchester, Museen und Bibliotheken schlossen - alles das, was damals auf der Sparbrochure des Innenministers abgebildet war - sie nicht einmal bei Verzicht auf alle diese freiwilligen Aufgaben die Defizite des Jahres 1995 ausgleichen könnten? Nun kommt der Kommunalminister dieses Landes und sagt: Das seht ihr alles falsch. Nicht die Reduzierung des kommunalen Anteils an den Finanzen sei verkehrt. Er

(Ruppert [F.D.P.]

(A) ist der Meinung - ich zitiere -, "der Verbundsatz war früher zu hoch".

(Minister Dr. Schnoor: So ist es!)

Er begründet das wie folgt:

Wir hätten eine geringere Staatsverschuldung als Land, wenn wir den Kommunen bereits von Anfang an einen Betrag von 23 % von unserer Steuereinnahme gegeben hätten.

Das ist nun wirklich abenteuerlich, Herr Schnoor. Als noch die F.D.P. den Innenminister stellte und der Verbundsatz bei 28,5 % lag, hatte das Land erst eine Verschuldung von gut 30 Milliarden DM. Bei dem jetzt niedrigeren Verbundsatz haben wir fast 130 Milliarden DM Schulden. Trotz Umverteilung von unten nach oben haben Sie die Schuldenlawine erst richtig in Gang gebracht. Sie haben nicht konsolidiert, Sie haben bloß konfisziert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Finanzminister hat früher gelegentlich auch Sonderlasten des Landes geltend gemacht, um die Schlechterstellung der Gemeinden zu begründen. Das war auch schon so vor der Wiedervereinigung. Dieses Argument hält ebenfalls einer seriösen Betrachtung nicht stand. Sind es nicht gerade die Gemeinden, die die Grundlast der Daseinsvorsorge zu tragen haben? Schlagen sich nicht bei Ihnen alle aktuellen Entwicklungen und alle Zukunftsrisiken zuerst nieder?

(B)

Kommt die Konjunktur ins Stolpern, wirkt sich das am heftigsten bei der Gewerbesteuer aus. Ich kann deswegen, Herr Kollege Wilmbusse, ihre Anhänglichkeit an diese Steuer überhaupt nicht verstehen. Sie bietet doch wirklich keine stetige und zuverlässige Grundlage der gemeindlichen Finanzausstattung.

(Minister Dr. Schnoor: Weil Sie sie kaputtgemacht haben!)

Der Bund der Steuerzahler hat deshalb recht, wenn er sagt, gerade der Abbau der Gewerbesteuer wäre der richtige Schritt zu einem zeitgemäßen Steuersystem.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Was sollen die Gemeinden dann machen, wenn sie nicht einmal die Gewerbesteuer haben?)

- Ja, wir brauchen einen vernünftigen Ersatz, eine vernünftige Neuordnung des Steuersystems und der Ver-

teilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Das ist der Punkt. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Da steht die Gewerbesteuer eher im Weg, als daß sie hilft.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Hoffentlich bleiben das Phantasien, was Sie da herüberbringen!)

Steigende Arbeitslosigkeit, aber auch viele andere Veränderungen unserer Lebensverhältnisse und Sozialstrukturen belasten zuerst die gemeindliche Sozialhilfe. Selbst für das Flüchtlingselend der Welt sollen die Gemeinden aufkommen. Es ist schon paradox, wenn die Landesregierung immer wieder unter dem irreführenden Schlagwort "Jede vierte Mark des Landeshaushalts für die Kommunen" - ich kann das wirklich nicht mehr hören, Herr Schnoor -

(Minister Dr. Schnoor: Es ist aber so!)

auch noch ihre unzureichenden Erstattungen für die Erfüllung dieser Aufgaben im Zusammenhang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen und für andere Landesaufgaben - zu nennen wären auch noch die Straßenaufgaben der Landschaftsverbände und vieles andere mehr - als gütige Gabe den Gemeinden vorrechnet. In Wahrheit handelt es sich um Danaergeschenke, bei denen die kommunale Gemeinschaft draufzahlt. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wer kommt für die Veränderungen der Familienstruktur auf? Die Gemeinden - mit Kindergärten, Jugendhilfe, Altenpflege; für ausreichenden Wohnraum sollen sie natürlich auch sorgen.

Kindergärten! Eben kommt mir der Brief eines großen kirchlichen Trägers von insgesamt 26 Tageseinrichtungen bei uns Wuppertal auf den Tisch. Er schreibt, er könne die Kosten nicht mehr tragen, die durch die Veränderung des Gesetzes und vor allen Dingen durch die Betriebskostenverordnung des Landes auf ihn zukommen. Er kann das nicht mehr abfangen und wird mehrere Einrichtungen schließen. - Das ist die Realität in Nordrhein-Westfalen, nicht die Märchen, die an dieser Stelle so oft erzählt werden.

Der öffentliche Nahverkehr ist schon jetzt kaum noch bezahlbar. Es entstehen neue Unsicherheiten durch die Bahnreform.

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) Immer wieder müssen Kommunalpolitiker das einlösen, was auf anderen Ebenen versprochen wird, etwa beim Umweltschutz. Wenn in der Folge dann die Gebühren für Abfall und Abwasser steigen, haben sie auch noch den Schwarzen Peter. Nein, die Grenzen der Belastbarkeit sind hier erreicht - für die Kommunen und für ihre Bürger. Auch deswegen brauchen wir dringend eine umfassende Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Körperschaft, die Ebene, die eine Aufgabe zu erfüllen hat, muß auch für die notwendigen Einnahmen und Ausgaben die Verantwortung tragen. Entscheidungs-, Durchführungs- und Finanzierungskompetenz müssen wieder zusammengeführt werden. Die Vermischung der Ebenen schafft Bürokratie, aber keinen wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeldern.

Bundes- und Landespolitiker müssen sich über eines klar werden: Es wird für die Zukunft unseres Landes - nicht nur Nordrhein-Westfalens - entscheidend sein, ob und wie wir unsere Gemeinden wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Gemeinde - das ist der Teil des Staates, dem der Bürger zuerst und zumeist begegnet. Deswegen brauchen wir eine grundlegende Reform, die unsere Gemeinden befähigt, Selbstverwaltung als Basis unseres demokratischen Aufbaus wirklich wieder zu leben.

- (B) Wir haben uns jetzt viele Jahre bemüht, mit einer gründlichen Reform der Gemeindeordnung dazu beizutragen. Diese Reform ist nicht so gut und nicht so gründlich gelungen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Aber immerhin: Ohne den Druck der Oppositionsfraktionen von F.D.P. und CDU hätte sich die Mehrheit dieses Hauses überhaupt nicht bewegt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber eine noch so gute Reform der Kommunalverfassung würde ins Leere laufen, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht gestärkt und auf Dauer gesichert wird. Dabei hilft nicht eine Landesregierung, die nicht einmal die Kritik aus den eigenen Reihen hören will, wie sie der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe vor einem Jahr vor dem Deutschen Städtetag überdeutlich geäußert hat - nicht ein Kommunalminister, der selbstgefällig behauptet, Anlaß für Kritik bestehe nicht, nicht eine Landesregierung, die mit pauschalen Angriffen gegen

Bonn bloß über die Realitäten im eigenen Lande hinwegtäuschen will. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Motto der kommunalpolitischen Konferenz der SPD in Kamen hieß "Für eine neue Politik in Bonn - Macht unsere Städte stark". Für dieses Ziel, starke Städte, brauchen wir, meine Damen und Herren, zuallererst eine neue Politik in Düsseldorf. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Ruppert. - Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneten Höhn das Wort.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die drei Reden meiner Vorredner noch einmal durch den Kopf gehen lasse, komme ich zu dem Ergebnis, daß sie deutlich gemacht haben, mit welchem Problem es die Kommunen zu tun haben: Die eine Seite, die CDU und die F.D.P., schiebt sämtliche Probleme, die die Kommunen haben, auf das Land, und die andere Seite, die SPD, schiebt sämtliche Probleme auf den Bund.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Dann haben Sie (D) schlecht zugehört!)

- Nein, ich habe genau zugehört. - Das ist das tatsächliche Problem; denn die Kommunen werden sowohl von der Landes- als auch von der Bundesebene in die Zange genommen, und dabei tun sich beide nicht sehr viel. Das sollten wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung des Abgeordneten Wilmbusse [SPD])

- Vielen Dank, Herr Wilmbusse, daß Sie mir zustimmen. In der Tat stehen die GRÜNEN wieder einmal in der Mitte und können als Neutrale hier Stellung nehmen.

(Zurufe von allen Seiten des Hauses)

- Vielen Dank für die Aufregung. Offensichtlich hat die These, die ich eben vorgetragen habe, großen Diskussionsbedarf ausgelöst, und ich habe wohl genau ins Schwarze getroffen.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Meine Damen und Herren, wir haben heute viel über leere Kassen geredet. Wenn alle von leeren Kassen reden, ist das aber nur die halbe Wahrheit. Wir müssen ebenso intensiv darüber reden, wer die Kassen geleert hat, für welche Zwecke die Kassen geleert wurden und warum es einen wachsenden Unterschied zwischen den leeren Kassen der öffentlichen Hand und den immer voller werdenden Kassen der reichen zehn Prozent dieser Gesellschaft gibt. Schließlich besitzen diese zehn Prozent in der Gesellschaft 50 % des privaten Vermögens von mittlerweile 10 Billionen DM. Auch da sollten wir überlegen, ob da nicht eine Umverteilung vorgenommen werden muß.

Die Finanznot der Kommunen hat zum Beispiel nicht dazu geführt, daß jetzt auf Bundesebene das 10-Milliarden-DM-Grab des technisch und ökologisch unsinnigen Transrapid verhindert worden ist - weder von CDU noch von SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum nicht? 10 Milliarden DM für die Kommunen, meine Damen und Herren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, würden auf kommunaler Ebene schon eine ganze Menge verändern.

Die finanzielle Situation der meisten NRW-Gemeinden ist in der Tat äußerst schwierig. Die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben wächst ständig. Bei einem Ausgabevolumen aller NRW-Kommunen von 70 bis 80 Milliarden DM pro Jahr lag das Defizit 1990 noch bei weniger als 2 Milliarden DM; das war noch überschaubar. 1992 fehlten den Kommunen aber schon mehr als 3 Milliarden DM. Und 1994 wird es gar ein Minus von 5,2 Milliarden DM geben. Entsprechend werden die Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten von "nur" 155 Millionen DM im Jahre 1992 auf vermutlich rund 3 Milliarden DM in diesem Jahr steigen - eine enorme Summe, mit der die Kommunen umgehen müssen. Das, denke ich, muß verändert werden.

- (B) Auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995, Herr Schnoor, wird an diesem Zustand leider nichts ändern; im Gegenteil: Der Verbundbetrag sinkt sogar um 2,4 %. Herr Schauerte, woher Sie Ihre Zahl von 4,5 % haben, darüber haben wir uns vorhin schon unterhalten. Damit kommen Kommunalpolitiker und -politikerinnen aller Fraktionen nicht klar; aber der finanzpolitische Sprecher der CDU scheint sich ab und zu einmal mit Zahlen zu vertun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber dafür haben Sie wirklich das Talent, Herr Schauerte, daß Sie hier einen Vortrag geleistet haben, zu dem ich einfach sagen muß: Der ist in die Lehre der Showmaster des Fernsehens gegangen.

(C)

(Abgeordneter Schittges [CDU]: Loben Sie ihn ruhig!)

In dieser Beziehung waren Sie gut. Das war schon gutes Entertainment.

(Minister Dr. Schnoor: Das ist das Schauerte-Einmaleins!)

- Schauerte-Einmaleins, gut! Schauen wir einmal beim Schauerte-Einmaleins!

Der Verbundbetrag sinkt also um 2,4 % und nicht, wie Herr Schauerte gesagt hat, um 4,5 %. Trotzdem: 2,4 % sind auch zu viel, Herr Schnoor!

Die Kommunen müssen mit Mindereinnahmen im Steuerverbund 1995 im Vergleich zu 1994 von 528 Millionen DM fertig werden. Nur mit großen Anstrengungen ist es dem Land gelungen, die Schlüsselzuweisungen um magere 1 % zu erhöhen, aber nur um den Preis, daß auf der anderen Seite die Zweckzuweisungen um 22 % sinken. Auch das bedeutet also in der Summe einen Verlust.

(D)

Trotz dieser finanziellen Probleme ist die Bundesrepublik immer noch ein Land mit einem immensen Reichtum. Die privaten Vermögen haben sich nach Angaben der Bundesbank - also nicht nach Angaben der GRÜNEN, sondern nach Angaben der Bundesbank, auf die Sie sich ja alle auch immer berufen - in den letzten Jahren auf die sagenhafte Summe von 10 Billionen DM erhöht - dabei sind Auslandsvermögen noch gar nicht mitgerechnet; da liegt nämlich auch noch eine Menge - und die Vermögen der Unternehmen auf fast 2 Billionen DM verdoppelt. Ich denke, das macht deutlich, wie die Umverteilung in diesem Lande vonstatten gegangen ist: systematisch von unten nach oben - ein "Erfolg" der Kohl-Regierung, und wir wollen diesen "Erfolg" am 16. Oktober endlich beenden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Bund leistet sich derweil immer noch milliarden-schwere Fehlsubventionen für Weltraumfahrt, Transrapid und Atomenergie. Er verschleudert nicht nur viele Milliarden für zusätzliche Straßen und neue Waffen, sondern er verzichtet auch auf rund 100 Milliarden DM

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Einnahmen pro Jahr, weil er Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug nicht ernsthaft bekämpfen will.

Zur "Wirtschaftsfreundlichkeit" der Bundesregierung gehört auch, daß sie in diesem Bereich zwei Augen zudrückt und manche Gesetze bewußt und gezielt mit Schlupflöchern versieht. Daher ist es nicht verwunderlich, daß allein durch das Zinsabschlagsgesetz viele Milliarden via Luxemburg in den privaten Taschen von Besserverdienenden verschwinden. Auch diese Milliarden sind noch nicht in die vorhin genannten Billionen eingerechnet.

Wer von "leeren Kassen" redet, verschweigt also die zweite Seite der Medaille. Er verschweigt, daß sie von der Bundesregierung gezielt geleert wurden, und zwar durch eine Umverteilung in drei Grundrichtungen: von den Arbeitnehmern zu den Unternehmern und Kapitaleignern, von den Kommunen und Ländern in die Kassen des Bundes und von den öffentlichen Haushalten in die Taschen der Privaten. Es wäre daher besser, von "geleerten Kassen" als von "leeren Kassen" zu reden - und das wollen wir verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Die Kommunen müssen die Lasten für die Wirtschaftspolitik der Kohlschen Bundesregierung tragen, die die Reichen immer reicher und die Einkommensschwachen immer ärmer machte. Im Namen des Aufschwungs wurden die Steuern für Unternehmer und Kapitaleigner seit 1982 Zug um Zug gesenkt; deren Einkommen dagegen stiegen kräftig an. Auch die Steuern für private Vermögen und private Einkommen wurden kräftig vermindert, um die Laune der Besserverdienenden in der Hoffnung zu heben, so ihre Investitionsbereitschaft zu erhöhen, was dann in der Tat in dem erwarteten Maße gar nicht eingetroffen ist.

Gleichzeitig wurden aber die Verbrauchsteuern, die Gebühren und die Sozialabgaben erhöht, während die davon hauptsächlich Betroffenen - das sind nämlich die Einkommensschwachen - stagnierende oder gar sinkende Einkommen hinnehmen mußten, mit geringeren Einkommen im Monat fertig werden mußten.

Die verfehlte Wirtschaftspolitik des Bundes führte zu wachsender Arbeitslosigkeit und zu dramatischer Zunahme von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern, und diese finanziellen Belastungen, diese Fehlentwicklung wälzte der Bund auf die Betroffenen und auf die Kommune ab, also auf die betroffenen Menschen selber. Und in den Kommunen, die ja für die Sozialhilfe zuständig sind, wurde gleichzeitig Sozial-

abbau betrieben und wurden gleichzeitig Einrichtungen der Kommunen geschlossen, weil die Gelder in anderen Bereichen fehlten.

Die Bundesregierung betrieb in den letzten zwölf Jahren eine Konsolidierung der Bundesfinanzen auf Kosten der Kommunen und der Länder. Während die Ausgaben des Bundes von 1982 bis 1992, also in diesen zehn Jahren, um 74 % stiegen, konnten die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen nur um 36 % und die Ausgaben der Kommunen um 58 % steigen - damit wir einfach auch einmal eine Vorstellung davon bekommen, von welchen Taschen in welche Taschen da etwas gelaufen ist. Das heißt also: Der Bund hatte mit Abstand die meisten Reserven und hätte wesentlich mehr nach unten verteilen können, als er es getan hat. Wir fordern auch, daß der Bund diese Verantwortung wahrnimmt und nach unten stärker verteilt.

Die Folge dieser Umschichtung der Armut nach unten hat dazu geführt, daß in den Kommunen die Ausstattung der Kindergärten immer schlechter wird, daß die Sozialhilfe zum Teil gekürzt worden ist, daß die Schwimmbäder, Bibliotheken und so weiter und so fort dichtgemacht worden sind.

Die Verschiebung der vom Bund verursachten Lasten auf die Kommunen war nur möglich, weil der Bund über die entscheidenden Gesetzgebungskompetenzen insbesondere in der Steuergesetzgebung verfügt. Sein Gestaltungsspielraum ist fast unbegrenzt, während Länder und Kommunen nur über geringe Möglichkeiten zur Erhöhung der Steuereinnahmen verfügen. Allgemein gilt: Die Gesetze werden in Bonn gemacht, die Auswirkungen haben die Länder und Gemeinden zu bezahlen und damit die Bürgerinnen und Bürger zu tragen - und das wollen wir ändern.

Der Bund hat viele Möglichkeiten, sich finanziell zu entlasten. So gibt es beispielsweise Pläne auf Bundesebene, über die Herr Wilbusse eben schon gesprochen hat, die Arbeitslosenhilfe in Zukunft nur auf die ersten beiden Jahre zu beschränken und danach die Menschen in Sozialhilfe zu entlassen. Unabhängig davon, was das für die einzelnen bedeutet, wenn sie über Jahrzehnte gearbeitet haben und dann nach zwei Jahren in der Sozialhilfe landen, bedeutet das auf der anderen Seite für die Kommunen, daß die Sozialhilfekosten dramatisch ansteigen werden. Für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bedeutet das eine zusätzliche Belastung von 1 Milliarde DM. Auch das gilt es zu verhindern.

Der Bund hat seit 1982 immer mehr Aufgaben auf Länder und Kommunen übertragen, ohne die dafür notwen-

(Höhn [GRÜNE])

- (A) digen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Beispiele sind die Betreuung von Flüchtlingen, der soziale Wohnungsbau, der Betrieb von Kindergärten, die Regionalisierung des Schienennahverkehrs und die steigenden Ausgaben für soziale Leistungen.

Der Bund setzt die Gemeinden finanziell unter Druck. Auf diese Weise gelingt es ihm besonders leicht, Kürzungen durchzusetzen. Weil die sozialen Leistungen immer teurer werden und die Kommunen deshalb immer geringere finanzielle Spielräume haben, machen sie mit bei diesem Sozialabbau. Das wurde zum Beispiel in diesem Sommer deutlich, als es darum ging, die Sozialhilfe um den lächerlichen Betrag von 1 DM zu erhöhen. Eine Erhöhung um 1 DM ist so lächerlich - dann hätte man gar nicht erhöhen sollen, dann wäre man am Ende den Betroffenen wahrscheinlich mehr entgegengekommen als mit dieser Lächerlichkeit von 1 DM.

Daß dies ohne Widerstand der Kommunen durchgegangen ist, bedeutet nur, daß die Kommunen selber versuchen wollten, ihre Sozialhilfeausgaben weiter auf dem jetzigen Stand zu belassen.

Was wir wollen, ist, den Kommunen den nötigen finanziellen Spielraum zu geben, damit Sozialhilfe wieder an die Bedürfnisse der Menschen angepaßt wird und nicht an die finanziellen Spielräume, die vorher eingeengt worden sind.

(B)

Der Verteilungskampf in den Gemeinden ist besonders groß. Hier konkurrieren die Interessen bei der Schulausstattung mit denen des Kindergartens, mit denen der Jugendzentren und mit denen der Sozialhilfe. Die sozialen Leistungen der westdeutschen Kommunen sind von 1982 bis 1992 um 110 %, also durchschnittlich um 11 % pro Jahr, gestiegen - fast doppelt so stark wie die sonstigen Ausgaben, obwohl im Jahrzehnt von 1982 bis 1992 das längste Konjunkturohoch in der Geschichte der Bundesrepublik zu verzeichnen war.

Durch die Rezession in den letzten Jahren sind die Sozialhilfefasten für die Kommunen noch erheblich angestiegen und auf der anderen Seite die Einnahmen durch die Gewerbesteuer erheblich gesunken.

Trotz der vom Bund betriebenen Kürzungen der sozialen Leistungen sind die Kosten der Städte und Gemeinden im Westen im Jahre 1993 um 14,1 % gestiegen, also enorm gestiegen. Zu den sozialen Kosten gehören nicht zuletzt auch die steigenden Kosten für die Pflege älterer Menschen.

Was eben von der CDU und der F.D.P. gesagt worden

ist, ist ja nur die halbe Wahrheit: Auch die kürzlich verabschiedete Pflegeversicherung bietet nämlich keine Lösung, weil sie nur 2 500 DM pro Monat abdeckt, ein Pflegeplatz mittlerweile aber 5 000 bis 6 000 DM im Monat kostet und damit die Kommunen weiterhin in der Verantwortung bleiben. Auch das ist weder eine Lösung für die Betroffenen noch eine Lösung für die Kommunen selber.

Die Gewerbesteuer ist von der Einnahmehöhe her die bedeutendste kommunale Steuer. Wenn ich immer wieder von der F.D.P. höre, daß sie praktisch in Raten abgeschafft werden soll, muß ich feststellen: Da sitzen offensichtlich diejenigen, die das wenigste Verständnis für die Kommunen haben.

(Oho-Rufe von der F.D.P.)

- Ja, Sie haben ja wesentlich daran mitgedreht - übrigens auch die SPD -, daß ein wichtiger Bestandteil der Gewerbesteuer, nämlich die Lohnsummensteuer, 1980 abgeschafft wurde unter - -

(Minister Dr. Schnoor: Wir waren dagegen!)

- Ja, aber es war Ihr Kanzler Schmidt, der das gemacht hat. Da haben Sie sich nicht richtig durchgesetzt. Hätten Sie damals auf die Hilfe der GRÜNEN vertraut, dann hätten wir es 1980 vielleicht geschafft. Wir waren damals eine aufstrebende junge Partei, Herr Schleußer. Man sieht: Die Jahre sind vergangen, man hätte damals anders handeln können.

Die Lohnsummensteuer ist also damals von der SPD mit der F.D.P. zusammen abgeschafft worden. Das war ein wichtiger Bestandteil der Gewerbesteuer, es hat die Gewerbesteuer noch konjunkturabhängiger als vorher gemacht und die Kommunen noch ein Stück mehr dahin gebracht, daß sie nur noch von Großunternehmen und damit ganz erheblich von der Konjunktur abhängig sind, daß sie auf der anderen Seite um die Gewerbesteuererinnahmen gegenseitig buhlen und den Unternehmen unnötige Vergünstigungen zusichern.

Was wir wollen, ist keine Abschaffung der Gewerbesteuer, sondern eine vernünftige Ausweitung auf Selbstständige. Das heißt, Rechtsanwälte und Ärzte müssen an der Gewerbesteuer beteiligt werden. Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß der Drogist Gewerbesteuer bezahlt, der Apotheker aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Wir wollen eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf alle Selbständigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns ganz energisch gegen alle Versuche, die momentan auf Bundesebene laufen, wehren, die Gewerbesteuer auszuhöhlen, sie zu demontieren oder sie abzuschaffen.

Von 1990 bis 1994 flossen über den Fonds Deutsche Einheit insgesamt 161 Milliarden DM von West nach Ost. Dieser Fonds wird durch Kreditaufnahme gespeist, wobei der Bund die eine Hälfte und die Länder und Kommunen die andere Hälfte der Zinsen zu zahlen haben.

Die Kommunen sind in Nordrhein-Westfalen nach ihrer Finanzkraft - das haben wir eben schon mehrfach gehört - mit 44 % an diesen Zinszahlungen beteiligt. 1991 war das ein Betrag von 123 Millionen DM, 1992 waren es schon 315 Millionen DM, und 1993 werden es rund 780 Millionen DM sein. Für 1994 sind es 1,4 Milliarden DM, und ab 1995 ist es ungefähr 1 Milliarde DM pro Jahr, die da anstehen. In dieser Höhe werden die Kommunen bis zur endgültigen Tilgung des Fonds belastet werden. Man rechnet dabei mit einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren. Das bedeutet eine enorme finanzielle Belastung für die Kommunen.

- (B) Darüber hinaus ist die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern nach der Vereinigung neu geregelt worden. Die Kommunen erhalten vom Länderanteil 23 %. Bis 1992 hatten die Kommunen dadurch einen Einnahmeverlust von 1,75 Milliarden DM zu verkraften. 1993 betrug die Belastung weitere 1,14 Milliarden DM und 1994 1,164 Milliarden DM. Ab 1995 wird dieser Posten über einen neuen Länderfinanzausgleich festgelegt. Wir hoffen, daß da die Kommunen ihr ganzes Gewicht in die Waagschale legen, um hier einen entsprechenden Anteil zu bekommen.

Aber auch das Land versucht, seine Probleme auf Kosten der Gemeinden zu lösen. Herr Schnoor, auch ich muß noch einmal auf das eingehen, was die Sozialdemokraten hier in den 80er Jahren gemacht haben, und zwar auf die Senkung der Verbundquote von 28 % auf 23 %. Das hat immerhin die Gemeinden rund 4 Milliarden DM gekostet. Dieses Geld hätten sie mehr in den Kassen. Das würde ihnen sicher guttun.

Obwohl diese Verbundquote mittlerweile nur 23 % beträgt, werden die Kommunen auf der anderen Seite an den Kosten der Einheit mit 44 % beteiligt.

Da mag sich Herr Schnoor jetzt winden wie er will: daß es Bundesgesetzgebung ist. Deshalb haben Sie sich schon wieder gemeldet, Herr Wilmbusse. Immerhin hat der Bundesrat dem zugestimmt, und wenn ich richtig informiert bin, Herr Wilmbusse, haben Sie, die Sozialdemokraten, dort die Mehrheit. Sie hätten diese Gesetzgebung sehr wohl verhindern können. Herr Schleußer hätte dort als Vertreter der Kommunen einhaken können, wenn Sie das denn gewollt hätten. Aber Sie haben es nicht gewollt. Das heißt: CDU und SPD zusammen in einem Boot, gegen die Kommunen. So muß man es wohl sehen.

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Höhn, würden Sie eine Frage von Herrn Kollegen Wilmbusse beantworten?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ja, klar!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Frau Kollegin, sehen Sie es mir nach: Ich hatte mich gemeldet, als Sie noch bei dem vorigen Thema waren, das mich so schrecklich anödet: Die 28,5 Prozent und die 23 Prozent. Sie sagen, die Gemeinden könnten die 28,5 Prozent gut gebrauchen. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die Gemeinden auch 30 Prozent gut gebrauchen könnten,

(Minister Dr. Schnoor: Auch 50 Prozent!)

und würden Sie auch entsprechende Anträge stellen?

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Herr Wilmbusse, wir waren übrigens die einzigen - anders als CDU und F.D.P., die hier immer groß reden, sie wollten etwas für die Gemeinden tun -, die in den letzten Jahren Anträge gestellt haben: auf jeweils 300 bis 400 Millionen DM mehr für die Gemeinden. Dadurch hätten wir den Gemeinden genau das zurückgegeben, was Sie ihnen mit der Senkung der Verbundquote zu klauen versucht haben. Insofern gibt es hier schon Unterschiede: Die einen reden nur, die anderen stellen entsprechende Anträge, um den Gemeinden zu helfen.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Es geht hier auch um Jahreszahlen,

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

(C)

(D)

(Höhn [GRÜNE])

(A) und es geht um die Summe dieser Zahlen.

(Minister Dr. Schnoor: Es geht um 3 Milliarden DM pro Jahr!)

- Nein, nein, so nicht. Der Unterschied der Finanzkraft - diese 44 Prozent - würde 500 Millionen DM betragen. Ich bin gerne bereit, mich gleich mit Ihnen noch einmal hinzusetzen und die Zahlen auszurechnen. So etwas macht mir sowieso immer eine Menge Spaß. Dann werden wir sehen, ob wir dann im Sinne der Gemeinden zu einer gemeinsamen Zahl kommen, um die wir sie zusätzlich entlasten können.

Das Land wird auch nicht müde, Leistungen zu versprechen, für die die Gemeinden die Zeche zu zahlen haben. Das gilt einmal für die Kindergartenplätze, bei denen groß verkündet worden: Jedem Kind seinen Kindergartenplatz. Dabei sind letzten Endes die Gemeinden für die Betriebskosten zuständig, und gleichzeitig haben Sie die Eltern durch Landesgesetzgebung an dem erhöhten Teil der Zusatzkosten beteiligt, so daß die Eltern jetzt erheblich mehr bezahlen müssen als vorher.

(B) Auch im Landeshaushalt gibt es nur selten leere Kassen, oft aber gezielt geleerte Kassen. Das gilt nicht nur für die Bundesebene. Auch dieses Land, das offensichtlich so wenig Geld hat, ist in der Lage, 800 Millionen DM pro Jahr für zusätzliche neue Straßen zu investieren, es ist in der Lage, 400 Millionen DM für unsinnige U-Bahntunnel zu investieren, und es ist in der Lage, 1,5 Milliarden DM für wirtschaftlich unwirksame Subventionen auszugeben, von denen sogar die Unternehmen selber sagen, daß ihnen diese Investitionen gar nichts nutzen, sondern nur die Konkurrenz untereinander verhindern und damit die Marktregulismen verschieben.

Präsidentin Friebe: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluß. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Nein, sie ist nicht zu Ende. Es tut mir furchtbar leid, Frau Präsidentin. In der Drucksache, die wir im Ältestenrat beschlossen und die wir alle bekommen haben, waren 50 Minuten Redezeit vorgesehen. Sie haben das in einer mehr oder weniger informellen Regelung in der letzten Stunde plötzlich auf 20 Minuten beschränkt. Deshalb haben wir uns geeinigt, daß wir diese Zeit auch überschreiten dürfen. Das haben meine Vorredner auch getan; sie lagen bei etwa 30 Minuten. Ich denke, dieses Recht steht auch mir zu. Vielen Dank!

Präsidentin Friebe: Es wäre nur gut, wenn das auch die Präsidentin erfahren würde, wenn sich die Fraktionen auf eine andere Redezeit verständigen. Aber das ist nicht Ihr Problem. - Bitte schön! (C)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wir hatten es dem amtierenden Präsidenten gesagt!)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Entschuldigen Sie bitte. Ich versuche nur, die Interessen der GRÜNEN-Fraktion in dieser Absprache einzubringen.

Das Land verzichtet auch großzügig auf Steuereinnahmen in einer Größenordnung von mehreren Milliarden DM pro Jahr, indem es den Personalbestand bei den Betriebsprüfern ausdünn. Der Finanzminister mußte auf Anfrage der GRÜNEN zugeben, daß jeder zusätzliche Prüfer oder jede zusätzliche Prüferin mehr als eine Million DM pro Jahr zusätzlich in die Landeskasse bringen würde, daß also der Personalbestand in diesem Falle eigentlich erhöht werden müsse, um die Einnahmen des Landes zu erhöhen.

(Minister Schleußer: Immer dasselbe!)

- Herr Schleußer, Sie möchten diese Tatsachen einfach nicht hören. Das ist das Problem, das Sie haben. Wir sind dafür, diesen Personalbestand zu erhöhen, um die Einnahmen des Landes zu erhöhen. Das, was momentan als Wirtschaftsfreundlichkeit deklariert wird, ist in Wirklichkeit eine Subventionierung der Unternehmen, die beim Steuerzahlen besonders unseriös sind. Denen wird sogar noch geholfen. Wir meinen, daß das fehl am Platze ist. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst wenn das Land überhaupt keine finanziellen Spielräume mehr hätte - wir haben allerdings mehrere aufgezeigt -, wäre es trotzdem in der Lage, die Gelder im Gemeindefinanzierungsgesetz anders zu verteilen. Wir haben zum Beispiel eine Verkehrswende gefordert und fordern diese auch heute: die Verlagerung vom Individualverkehr zum ÖPNV. Auch das könnte durch eine Umschichtung im Gemeindefinanzierungsgesetz vorangetrieben werden. Wir fordern deshalb eine Verlagerung der Gelder im Gemeindefinanzierungsgesetz: Weg vom Straßenbau hin zum ÖPNV und zu den Fahrradwegen. Die Mittel für den ÖPNV müssen nach unserer Meinung außerdem stärker als in der Vergangenheit auf den ländlichen Raum übertragen werden.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Wir wehren uns auch gegen einen Teil der Zweckzuweisungen, die im Gemeindefinanzierungsgesetz festgelegt sind. Es gibt das Beispiel einer kleinen Gemeinde, in der folgendes passiert ist: Der Gemeinderat entschloß sich, den Schloßvorplatz mit einem sogenannten Bukkelpflaster zu erneuern. Die Bevölkerung sagte: Wir wollen dieses Geld lieber nehmen, um damit einen Schulneubau zu finanzieren. Leider ist es aber so, daß die Gemeinde dieses Geld nur für dieses Pflaster bekommt. Sie kann dieses Geld nicht einfach in einen Schulneubau umschichten. Wenn dann noch ein Unternehmen aus diesem Ort die Arbeiten ausführt, bedeutet das auch ein Sinken von Sozialhilfeausgaben, weil damit Arbeitsplätze erhalten werden, bedeutet das auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer, so daß am Ende die Gemeinde sogar ihren Eigenanteil noch herausbekommt und am Ende ein gutes Geschäft macht.

Das heißt nichts anderes, als daß durch die Zweckzuweisungen des Landes bestimmte Investitionen gefördert werden und andere - wie der Neubau von Schulen - nicht in diesem Maße. Das stößt bei der Bevölkerung auf Unverständnis. Solche Zweckzuweisungen müssen in Zukunft durch weisungsungebundene Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden ersetzt werden, damit die Bevölkerung selbst entscheiden kann, für welche Projekte sie die Mittel sinnvoll ausgeben will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Die finanzielle Situation der einzelnen Kommunen ist allerdings nicht nur von Bund und Land bestimmt, sondern auch von kommunalen Faktoren. So haben wir teilweise Gemeinden, die unter Strukturproblemen besonders leiden; ich nenne nur die Städte Duisburg, Oberhausen und Gelsenkirchen. Wir haben andere Gemeinden, die durch den Abzug der alliierten Truppen finanziell besonders belastet werden. Und wir haben sogar kleine Gemeinden, bei denen allein durch die Tatsache, daß sie einen großen Wald haben und für diesen Forstbestand viel Geld aufzuwenden ist, die Gemeindekassen geleert werden.

Die Antwort der Landesregierung darauf war zu sagen, diese Gemeinden stellt man unter die Knute des Landes. Man verordnet ihnen ein Haushaltssicherungskonzept. Das heißt, Bürokraten wachen mittlerweile über sämtliche freiwilligen Ausgaben dieser Gemeinden. Auch Gemeinden, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Haushalt auszugleichen, unterliegen diesem Haushaltssicherungskonzept. Wir halten das für falsch, weil damit Gemeinden enorm an Einfluß verlieren und weil sie damit praktisch mehr oder weniger nicht mehr in der Lage sind, über ihre eigenen Einnahmen und Ko-

sten und über ihre eigenen Aufgaben für sich selber zu entscheiden. Wir halten es auch deshalb für falsch, weil genau diese Kontrollen und genau diese Auflagen auf Bundes- und Landesebene nicht gegeben sind. (C)

Was wir in den Gemeinden merken, ist, daß durch diese Knute, dieses Haushaltssicherungskonzept der Kontrolle des Landes die Gemeinden zunehmend hingehen und in ganz bestimmten Bereichen sparen, nämlich im Sozialbereich, bei der Flüchtlingsbetreuung, im Schulbereich, bei Familien mit Kindern und bei Gebühren.

In den Schulen ist es zum Beispiel mittlerweile üblich, daß die Eltern am Anfang eines Schuljahres aufgefordert werden, die Klassen ihrer Kinder in Eigenarbeit zu renovieren. In vielen Gemeinden ist es mittlerweile üblich, daß die Mittel, die den Schulen für deren Schulbuchetats gegeben werden, entsprechend heruntergefahren werden, da die Schulen die Hälfte dieser einbehaltenen Mittel für ein Jahr behalten können, aber in den Jahren danach die Mittel entsprechend gekürzt werden und am Ende die Schulen mit veralteten Schulbüchern darstehen.

In vielen Gemeinden ist es mittlerweile üblich, daß die Kindergärten die Mütter fragen, ob sie für das fehlende Personal, das dort nicht zur Verfügung steht, einspringen. Und in vielen Gemeinden wird mittlerweile der Großteil der Jugendeinrichtungen dichtgemacht. (D)

Das sind alles Bereiche, die gerade Familien mit Kindern betreffen, die gerade sozial Schwache betreffen. Das ist, denke ich, ein enormer Fehler. Wir versuchen, dem entgegenzuwirken und eine entsprechend notwendige Finanzausstattung der Kommunen zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn momentan eine Diskussion über die erhöhten Gebührensätze in den Gemeinden geführt wird, dann hat auch das etwas mit der Sanierung der Haushalte zu tun; denn häufig werden die Gebühren nicht erhöht, weil es um ökologische Auflagen geht, sondern die Gebühren werden auch erhöht, um den eigenen Haushalt zu sanieren. Wenn man sieht, wieviel Gebührenbescheide mittlerweile erfolgreich beklagt werden, dann bedeutet das auch, daß die Gemeinden hier nicht ernsthaft genug mit den Gebührenhaushalten umgehen. Denn Gebührenhaushalt heißt ja, daß die Einnahmen aus diesem Gebührenhaushalt die Ausgaben decken sollen und daß nicht die Gemeinden sich über diese Gebühren zusätzlich sanieren dürfen.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Die Tatsache, daß bei den Kommunen die Kreditaufnahmen mit strengen Auflagen verknüpft sind und die Kontrolle dieser Auflagen konsequent durchgeführt wird, führt allerdings auch dazu, daß bei geringeren Einnahmen eben auch systematisch gespart werden muß. Das hat einen verhängnisvollen Kreislauf zur Folge: Die Kommunen haben wenig Geld, sie sparen im sozialen Bereich aufgrund dieser Kontrollmechanismen, die ich eben genannt habe. Sie stehen am Ende dieser Sparmaßnahmen besser da als Bund und Land. Und Bund und Land gehen bei der nächsten Runde wieder hin, übertragen weitere Aufgaben auf die Kommunen und drehen diese Schraube noch ein Stück enger.

(Minister Schleißer: Das ist Unsinn!)

- Nee, das ist überhaupt kein Unsinn. Dann sagen Sie mal, wie es anders geht. Genau das ist die Situation, Herr Schleißer, daß eben Land und Bund erheblich weniger Auflagen unterliegen. Wenn sie zum Beispiel unter der Knute eines Regierungspräsidenten stehen würden, der immer sagt "keine 800 Millionen für neue Straßen, sondern vielleicht nur 500 Millionen", das wäre dann sogar eine sinnvolle Entlastung dieses Landeshaushalts.

(Minister Schleißer: Der braucht keine Anweisung, der macht das aus eigenem Antrieb!)

- (B) Sie machen aus eigenem Antrieb momentan eine Verlagerung in den Straßenbau.

(Minister Dr. Schnoor: Sie entscheiden doch hier!)

- Leider haben wir noch nicht die Mehrheit,

(Minister Dr. Schnoor: Das ist auch gut so!)

aber wir tun alles, um sie zu erreichen.

Was wir brauchen, ist also mehr Verlagerung von Entscheidungen auf die kommunale Ebene. Was wir brauchen, ist, wenn Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagert werden, dann mit der notwendigen Finanzausstattung, die der Herr Schleißer dann hoffentlich bereitstellen wird. Was wir außerdem brauchen, denke ich, ist, den dezentralen Ansatz wählen und mehr Entscheidungen auf die Kommunen übertragen! Bei allem, was auf dieser kommunalen Ebene passiert - auch auf kommunaler Ebene wird gekungelt; ich weiß das selber, weil ich aus dem Ruhrgebiet komme -, sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung und die Kon-

trolle in Gemeinden immer noch ein Stück besser als auf Bundes- und Landesebene. (C)

Ich komme zum Ende. - Tatsache ist also: Die Finanzmisere wird systematisch von oben nach unten weitergereicht, vom Bund über die Länder auf die Kommunen. Die Kommunen haben nur noch eine Ebene unter sich, das sind die Bürgerinnen und Bürger. Den letzten beißen die Hunde. Das sind in diesem Fall die Betroffenen. Ich warte auf den Moment, wo die Betroffenen endlich einmal zurückbeißen. Vielleicht wird es dann besser. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Innenminister Dr. Schnoor: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe aufmerksam seit heute morgen 10.00 Uhr der Haushaltsdebatte zugehört. Wenn ich dabei insbesondere das herausgreife, was die Herren Kollegen Schauerte und Leifert gesagt haben, frage ich mich, was man eigentlich besonders herausstellen soll: Ist es, Herr Leifert, Herr Schauerte, die Penetranz und Einfallslosigkeit der CDU, mit der Unsinnigkeiten ständig wiederholt werden? Wie mit einer Gebetsmühle werden diese Dinge heruntergeplappert. Oder ist es die Dreistigkeit, mit der Sie Bürgerinnen und Bürger letztendlich doch zu täuschen suchen? Denn die wahren Probleme, um die es geht, sprechen Sie nicht an, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Eines steht für mich fest: Manches, dem man hier zuhören muß, überschreitet geradezu das Maß an Zumutbarkeit.

Ich greife nur einige Dinge heraus - und dabei auch ein Beispiel für die mangelnde Seriosität. Im Grunde kommt es auf die Passagen gar nicht an - eben nur als ein Beispiel!

Da spricht Herr Schauerte in seiner Rede im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz von Kürzungen des allgemeinen Steuerverbundes in Höhe von 560 Millionen DM bzw. von 5,4 v. H. - Herr Leifert hat hier andere, korrekte Zahlen genannt -; das würde - so hat er gesagt - auch noch den Kommunen verschwiegen, und es würde als Leistung herausgestellt, daß die Schlüsselzuweisungen erhöht seien. Herr

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Schauerte spricht in diesem Zusammenhang von Redlichkeit und Wahrheit. Daran muß er sich dann aber auch selber messen lassen.

Meine Damen und Herren, es hat keine Kürzung des Steuerverbundes in Höhe von 560 Millionen DM bzw. von 5,4 v. H. gegeben. Das Ganze ist nicht nachvollziehbar. Aber den Bürgern wird etwas vorgegaukelt. Wie sollen die Bürger aus diesem Zahlenwust, der ihnen vorgetragen wird, dann noch das Richtige herausfinden und Wahres von Unwahrem unterscheiden?

Der Verbundsatz ist nicht verändert worden.

(Wortmeldung des Abgeordneten Leifert [CDU] zu einer Zwischenfrage.)

- Lassen Sie mich das bitte eben im Zusammenhang vortragen, Herr Leifert! Dann werde ich gerne darauf zurückkommen.

Der Verbundsatz ist nicht verändert worden. Die Verbundgrundlagen sind nicht verändert worden. Die Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund verringert sich zunächst einmal um 16,9 Millionen DM gegenüber 1994. Das sind 0,1 v. H., nicht 5,4 v. H. und nicht 560 Millionen DM.

- (B) Dann geht es um die Kreditierung der 286,3 Millionen DM, um nichts anderes - 286,3 Millionen DM, die, auch aus meiner Sicht, Herr Leifert, besser bereits im letzten Jahr abgezogen worden wären als in diesem Jahr. Darin sind wir uns einig. Das ist dann ein Betrag von 303,2 Millionen DM; dies sind 2,4 %. Das ist der Betrag, den Sie, Herr Leifert, genannt haben. Das ist korrekt, Herr Leifert. Nur, es sind dann eben nicht 560 Millionen DM, und es sind nicht minus 5,4 %.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Er hat das doppelt gerechnet.)

- Sicher, sicher!

Wenn dann alle Zahlen, die er nennt, alle Darstellungen mit dieser Meßplatte gemessen werden, dann weiß man im Grunde, was man von dem zu halten hat, was Herr Schauerte vorträgt und was er den Menschen in unserem Lande vorzugaukeln versucht. Das ist es, meine Damen und Herren, was man von einer solchen Debatte zu halten hat.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Im übrigen, wenn man hier gegenüber 1994 noch gewisse Reduzierungen vornimmt - ich will im einzelnen nicht darauf eingehen; jetzt ist es noch etwas weniger als diese 303,2 Millionen DM -; aber, bleiben wir diesem Betrag! Im Grunde kommt es jetzt für die Kommunen nicht so sehr darauf an, wie hier hin- und hergerechnet worden ist. Mir liegt vielmehr nur daran, einmal exemplarisch deutlich zu machen, wie von der CDU falsches Zeugnis geredet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, Herr Leifert wollte dazu eine kritische Anmerkung machen.

Präsidentin Friebe: Er hatte sich jetzt nicht nochmals gemeldet; er hatte die Meldung zurückgezogen. - Möchten Sie nun doch noch sprechen? - Dann bitte schön.

Abgeordneter Leifert (CDU): Herr Innenminister, es ist Ihnen nicht entgangen, daß ich auf die Zahlen des Gesetzentwurfs zurückgegriffen habe, wie sie dort stehen.

- (D) Es dürfte Ihnen bei den anderen Berechnungen auch nicht entgangen sein, daß es zum Teil in diesem Jahr negative Abrechnungsbeträge, die nicht mehr in der Grundtabelle, sondern die dahinter stehen, - - Wenn man verschiedene andere Dinge dazurechnet, kann man natürlich zu einer anderen Zahl kommen. Ich will das jetzt nicht weiter erläutern, weil es den Rahmen einer Zwischenfrage überschreiten würde.

Aber Sie wissen, daß wir die Abrechnung des Finanzverbundes von der Tabelle des Grundfinanzverbundes getrennt haben. Ich meine, das müssen Sie schon zugeben. Ansonsten haben wir das alles dazugerechnet.

Innenminister Dr. Schnoor: Lieber Herr Leifert, ich habe Sie ja dazu gar nicht kritisiert, sondern habe ausdrücklich gesagt, daß Sie die Dinge korrekt dargestellt haben. Nur, Herr Schauerte hat versucht, mit Zahlen Polemik zu machen.

(Zuruf von der SPD: Das ist seine Art.)

(A) **Präsidentin Friebe:** Herr Innenminister, darf ich Sie fragen, ob Sie nun auch eine Zwischenfrage des Herrn Ruppert zulassen?

(Minister Dr. Schnoor: Ja, bitte schön!)

- Bitte, Herr Ruppert!

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Innenminister Schnoor, ich will jetzt gar nicht die Zahlen von Herrn Schauerte verteidigen. Aber, stimmt es etwa nicht, daß im Topf des Gemeindefinanzgesetzes 1995 nach dem Entwurf und nach dem, was für 1994 beschlossen worden ist, fast 500 Millionen DM weniger sind, als das 1994 der Fall war? Stimmt das nicht?

Innenminister Dr. Schnoor: Nein, im Topf sind, wenn man es ganz genau nimmt, Herr Kollege Ruppert, 226,9 Millionen DM weniger. Nimmt man die andere Berechnung vor, die auch Herr Leifert angestellt hatte, dann sind es rund 303 Millionen DM. Jedenfalls trifft die Berechnung von Herrn Schauerte nicht zu.

Aber lassen Sie mich bitte weiter vortragen!

Meine Damen und Herren, dann wird gebetmühenhaft immer wieder diese Verbundsatzsenkung genannt. Mich stört das nicht sehr. Auch die Kommunen stört das nicht sehr. Ich kenne keinen kommunalen Spitzenverband, nicht einmal den von Ihnen, verehrter Herr Kollege Leifert, vertretenen, der nun erklärt, daß der Verbundsatz auf 28,5 % angehoben werden müsse, oder der umgekehrt die Verbundsatzkürzung heute kritisiert.

(B) Sie, Herr Leifert, haben das neulich in einer Pressekonferenz getan, in der wir uns gemeinsam der Presse gestellt haben. Aber Ihr Verband hat es nicht kritisiert, in der vorausgegangenen gemeinsamen Diskussion auch nicht.

Ich will jetzt nicht im einzelnen wieder aufzählen, wie es früher bei CDU-regierten Landesregierungen gewesen ist; ich lasse das einmal alles beiseite.

Aber von einem müssen Sie ausgehen, und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Wir haben uns nach Art. 79 der Landesverfassung zu richten. Der Verfassungsgerichtshof unseres Landes hat in einem Rechtsstreit ausdrücklich erklärt, daß dieser Verbundsatz so richtig sei. Er hat das nicht beanstandet. Und wir sind geradezu von der Verfassung her verpflichtet, unsere Ausgaben und damit auch die Höhe des Verbundsatzes an ver-

änderten finanziellen Rahmenbedingungen, an Verpflichtungen, die dem Land obliegen, zu orientieren. (C)

Alles andere wäre doch nicht nur Augenwischerei, sondern es wäre gerade zu verantwortungslos, wenn wir dem nicht rechtzeitig Rechnung tragen würden. Wenn wir uns so verhielten, wie Sie es hier vortragen, Herr Leifert, dann sähe es nach Ihrer eigenen Rechnung wie folgt aus: Sie haben einmal gesagt, 5,6 Milliarden DM müßten die Kommunen pro Jahr mehr haben. In einer anderen Rechnung haben Sie 4,6 Milliarden DM genannt. Wenn ich einmal davon ausgehe, man nähme die Differenz zwischen 28,5 % und 23 % Verbundsatz, gemessen an den gegenwärtigen Verbundgrundlagen, dann ist das ein Betrag, der etwas unter 3 Milliarden DM liegt.

Wollen Sie wirklich ernsthaft behaupten, wir hätten von 1983 an, als wir eine Korrektur vorgenommen haben, Jahr für Jahr rund 3 Milliarden DM über das GFG den Kommunen geben müssen? Sie können doch eines nicht bestreiten, meine Damen und Herren: Das wäre doch zur Staatsverschuldung hinzugekommen. Denn wer von uns wäre in der Lage, einen solchen Betrag aus dem Haushalt oder aus dem vorliegenden Haushaltsentwurf herauszustreichen? Es ist nicht seriös, was Sie hier vortragen, und Sie wissen das. Deswegen meine ich, daß Sie das unterlassen sollten. Es liegt auch unter Ihrem Niveau, Herr Leifert, dies ständig vorzutragen. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Eines kann man auch daraus entnehmen. Sie schütteln den Kopf, aber wenn Sie es wirklich ernst meinen, kann man nur sagen: Wie gut, daß diese CDU hier im Lande keine politische Verantwortung trägt

(Beifall bei der SPD)

und daß das Land sich darauf verlassen kann, daß die politische Verantwortung in den Händen der Sozialdemokraten liegt, die eine solide Finanzpolitik betreiben, auch wenn dies schmerzhaft und nicht einfach für uns ist, denn wir müssen dies auch nach außen tragen, meine Damen und Herren.

In dem Zusammenhang sprechen Sie immer auch über die Staatsverschuldung. Heute morgen hat Herr Schauerte dies auf der einen Seite - nicht zu Unrecht - kritisiert, heute nachmittag sprechen Sie, Herr Leifert, davon, daß wir eigentlich mehr ausgeben müßten.

(Abgeordneter Leifert [CDU]: Sie drehen einem das Wort im Munde um!)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Ich will in dem Zusammenhang ganz deutlich wiederholen, was ich an anderer Stelle gesagt habe und was Sie, Herr Leifert und Herr Ruppert, kritisiert haben. Ich bin der Auffassung, der Verbundsatz hätte rechtzeitig angepaßt werden müssen, als wir dies getan haben. Ich bin ganz deutlich dieser Auffassung.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Das sagen Sie aber heute zum erstenmal!)

Und ich will eines nicht verkennen, meine Damen und Herren. Herr Ruppert, Sie haben darauf verwiesen, welche hohen Verbundsätze die freidemokratischen Innenminister erreicht hatten. Das ist wohl wahr.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber es war in der Koalition auch schwierig, so etwas zu korrigieren. Sie mögen jetzt Ihre Zahlenbeispiele dafür bringen, daß die Staatsverschuldung damals wesentlich niedriger war. Das ist auch wahr. Aber möglicherweise wäre überhaupt keine solche Staatsverschuldung entstanden, wenn der Verbundsatz rechtzeitig angepaßt worden wäre.

(Zustimmung bei der SPD - Lebhafter Widerspruch bei der F.D.P. - Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Abenteuerlich!)

- (B) - Herr Ruppert, lassen Sie uns das wirklich seriös austragen. Die Staatsverschuldung, die wir haben, ist grob gerechnet zu einem Drittel auf die Sonderlast Kohle zurückzuführen. Zu zwei Dritteln ist sie das, was Sie "hausgemacht" nennen. Nur, wir haben das Geld, das wir ausgegeben haben, doch nicht auf dem Mond ausgegeben! Wir haben es hier im Lande ausgegeben. Ich habe niemals gehört, daß Sie etwa bei dem Volumen des Wohnungsbaus, das wir in all den Jahren hier gemeinsam beschlossen haben, oder bei den Leistungen im Städtebau, im Bereich der Weiterbildung oder was Sie auch nehmen mögen, Ausgabenreduzierungen wünschen. Das habe ich niemals gehört. Deshalb sage ich Ihnen: Wir hätten den Verbundsatz rechtzeitig anpassen müssen. Das muß ich kritisch anmerken. Es war nicht der Verbundsatz alleine, aber er hätte jedenfalls rechtzeitig angepaßt werden müssen. Man hätte heute möglicherweise nicht einen Verbundsatz von 23 %, sondern vielleicht von 24 %.

Als nächstes wird wiederum von der CDU kritisiert, daß das Land die Kommunen mit 44 % an den Lasten der deutschen Einheit beteilige. Auch hier sollten wir redlich miteinander umgehen. Wir haben in der Vergangenheit in keinem Jahr die Gemeinden in Höhe von

44 % an den Lasten der Einheit beteiligt. Wir wollen das aber im nächsten Jahr tun. Die Beteiligung betrug 1991 24,9 %, 1992 37,0 %, 1993 34,5 % und 1994 38,2 %. Bisher aber keine 44 %! (C)

Weshalb tun wir das jetzt? Eines scheint doch wohl sachgerecht zu sein: daß sich alle Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland solidarisch an den Lasten beteiligen, die zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West erforderlich sind. Daß die ostdeutschen Länder und die ostdeutschen Kommunen auf Hilfe aus Westdeutschland angewiesen sind, ist doch wohl politisch nicht streitig. Es kann aber doch auch nicht streitig sein, daß jeder hierzu nach seiner Leistungsfähigkeit beizutragen hat.

Und das, Herr Leifert, Herr Ruppert, ist die Regelung, die in § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes getroffen worden ist. Lassen Sie uns darüber nicht streiten, auf wen dies in erster Linie zurückzuführen ist, wer diese Regelung zu verantworten hat. Ich will gerne darauf hinweisen: Wir haben sie mitzuverantworten und halten Sie auch für richtig.

Ich möchte Ihnen gerne etwas aus diesem Gesetz vorlesen, Herr Leifert, weil Sie immer sagen, die Gemeinden dürften nur in der Höhe des Verbundsatzes von 23 % beteiligt werden. Ich meine § 6 Absatz 5, letzter Satz. Vorher ist die Rede davon, daß der Finanzierungsanteil bundesdurchschnittlich rund 40 vom Hundert betragen solle. Dann heißt es: (D)

Die Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden bis zur Höhe ihres jeweiligen Anteils an den Gesamtsteuereinnahmen

- jetzt kommt es -

einschließlich der Zuweisungen im Rahmen der Steuerverbünde bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Also: nicht nur in Höhe der Steuerverbünde, sondern einschließlich der Zuweisungen im Rahmen der Steuerverbünde. Es ist also nicht korrekt, wenn Sie immer auf die 23 % verweisen.

Lassen Sie mich eines hinzufügen: Glauben Sie denn, Sie könnten den Bundesfinanzminister dazu bewegen, die Differenz zwischen 44 % Finanzkraft der Kommunen und 23 % Verbundsatz auf den Bundesanteil zu nehmen? Glauben Sie das?

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Wieso, Herr Leifert - ich darf ein bißchen um Aufmerksamkeit bitten -, soll eigentlich nur der Anteil, der an den Verbundsteuern auf die Kommunen entfällt, gerechnet werden, warum nicht der Eigenanteil der Kommunen an der Einkommensteuer? Weshalb sollen nur Bund und Länder in Höhe von jeweils 44,5 % der Einkommensteuer herangezogen werden? Warum sollen die restlichen 15 % nicht mehr mitgezählt werden? Oder sind Sie der Meinung, die Länder müßten die 15 % übernehmen? Sie müssen doch zumindest sagen, daß das Gemeindefinanzierungsgesetz geändert und der Einkommensteueranteil der Kommunen von 15 % von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden müsse. Die Last kann man doch jetzt nicht einfach dem Land zuschieben! Was Sie hier vorgetragen haben, ist nicht redlich.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lindlar zulassen?

(Minister Dr. Schnoor: Bitte schön!)

Bitte schön, Herr Kollege.

- (B) Abgeordneter Lindlar (CDU): Herr Minister, im Lande Bayern ist die Regelung, daß der Verbundsatz 38 % beträgt und daß die Kommunen zu 38 % an den Lasten aus der deutschen Einheit beteiligt werden. Halten Sie diese Regelung angesichts des Gesetzes, wie Sie es zitiert haben, für falsch oder nicht vielmehr für kommunalfreundlicher als das, was wir hier tun?

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Kollege, der Verbundsatz beträgt in Bayern nicht 38 %, sondern 11 %. Ein bißchen genauer muß man schon hinsehen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ergibt automatisch einen niedrigeren Betrag! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Die Verbundsätze der Länder sind nicht vergleichbar!)

Ich wollte hier nur deutlich machen, meine Damen und Herren: Es ist doch unsinnig, 23 % der Steuer- und Finanzkraft der Gemeinden, die der Maßstab für die Heranziehung zu den Kosten der Einheit sein muß, gegenüberzustellen.

Sie sagen weiter: Wir schieben alle Probleme, die es gibt, der Bundesregierung und der CDU/CSU-F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag zu. Das ist doch nicht wahr! Das tun wir nicht. Niemand von uns bei-

spielsweise beklagt sich darüber, daß wir zu den Kosten der Einheit als Länder und Kommunen beitragen müssen.

Was wir allerdings beklagen - und dazu hätte ich gern ein freundliches Wort der CDU gehört -, ist, wenn man die Ausgaben und gleichzeitig die Refinanzierung beim Bund nimmt, wenn Sie es spitz rechnen, daß dann letztlich der Bund mit plus/minus Null herauskommt und in Wirklichkeit die Lasten der Einheit von den Ländern und den Kommunen getragen werden. Ich will das hier aus Zeitgründen nicht im einzelnen vertiefen. Aber das ist die Wahrheit. - Herr Leifert, schütteln Sie nicht den Kopf. Sie sind Landespolitiker und Kommunalpolitiker. Suchen Sie doch nicht immer nach Scheinargumenten, nach falschen Argumenten, um den Bund zu schützen und um letztlich zu Lasten unserer Kommunen und zu Lasten des Landes Nordrhein-Westfalen Ihre Politik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Leifert [CDU] schüttelt weiter den Kopf.)

Das tut keine Opposition in einem anderen Land, auch die Opposition im Deutschen Bundestag nicht, das tut nur die CDU als Opposition hier in diesem Landtag. Das ist tief zu beklagen.

(Widerspruch von der CDU)

Das kann man aber auch nur machen, wenn man im Grunde davon ausgeht, daß man hier ewige Opposition ist und niemals in die Verlegenheit kommt, hier Finanzverantwortung tragen zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie prangern wir allerdings in diesem Zusammenhang den sozialpolitischen Skandal an, daß Arbeitslose ihren Anspruch auf die Arbeitslosenversicherungsleistungen verlieren und zum Sozialamt geschickt werden sollen. Ich will das jetzt nicht vertiefen. Ich will jetzt auch nicht näher auf die künftigen Belastungen hinweisen, die da auf uns zukommen werden. Aber ich will betonen:

Wir werden Schwierigkeiten haben, Herr Leifert, das über den Bundesrat zu verhindern. Es wird nicht einfach, weil es kein zustimmungsbedürftiges Gesetz ist. Leider sind die Gesetzesmacher in Bonn sehr gut beraten. Sie wissen, wie man Gesetze schmiedet, die nicht zustimmungsbedürftig sind, insbesondere wenn sie Lasten für die Länder und Kommunen bringen. Wir haben da so unsere Erfahrungen.

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) In diesem Zusammenhang kritisieren Sie, Herr Leifert, daß der Ministerpräsident F.D.P. und CDU aufgefordert habe, nach Bonn zu gehen und dort zu protestieren.

(Zuruf des Abgeordneten Leifert [CDU])

Darf ich daran erinnern, wie es war, als Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in die Lohnsummensteuer, in die Gewerbesteuer eingeschnitten wurde? Eine schlimme Entscheidung - Frau Höhn hat darauf hingewiesen - gegen unsere Interessen und gegen unseren erbitterten Widerstand. Aber wie war es damals? Damals haben sich die Landesregierung - ich nenne hier insbesondere den Kollegen Hirsch, damals Landesinnenminister - und die Oberbürgermeister der sozialdemokratischen Städte entschlossen gewehrt und in Bonn protestiert.

Das ist es, was wir von Ihnen erwarten, nicht mal hier bloß den Mund ein bißchen spitzen, sondern entschlossen und auch hinter geschlossenen Türen zu protestieren und dafür zu sorgen, daß Land und Kommunen hier zu ihrem Recht kommen. Das mahnen wir an, Herr Leifert.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Daß die Bundesregierung versucht, ihre selbstgemachten Haushaltsprobleme zu Lasten Dritter zu lösen, ist zwar ein Skandal, aber bei dieser unfähigen Bundesregierung kann man wahrscheinlich nichts anderes erwarten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Von Ihnen, Herr Leifert, erwarten wir aber den Mut und die Standhaftigkeit, die sozialdemokratische Oberbürgermeister seinerzeit gezeigt haben. Ich war dabei, als sie Herbert Wehner und Helmut Schmidt gegenübergetreten sind. Das war nicht einfach. Seinerzeit sind, wenn ich das recht in Erinnerung habe, beispielsweise beim Spitzausgleich rund 900 Millionen DM nach Nordrhein-Westfalen geflossen.

Meine Damen und Herren, wir warten noch immer auf Ihren Mut und Ihre Standhaftigkeit. Nur hier Freundlichkeiten zu sagen, das hilft den Kommunen und auch dem Land nicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Innenminister. - Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Kommunalpolitik. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Nachtragshaushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 11/7300 und
11/7590

Beschlußempfehlung
und Bericht des Haushalts-
und Finanzausschusses
Drucksache 11/7600 (D)

zweite Lesung

Ferner liegt Ihnen mit Drucksache 11/7705 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schumacher für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Schumacher (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von der finanziellen Gestaltung der Zukunft des Haushalts 1995 zurück zur Gegenwart, nämlich dem Nachtragshaushaltsplan 1994. Es ist vorgesehen, daß wir uns am Freitag im Rahmen einer opulenten Redezeit mit dem Nachtragshaushalt ausführlich beschäftigen. Ich kann und will mich deshalb kurzhalten und nur einige Feststellungen treffen:

Im wohlverstandenen und richtigen Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften erhöht unser Land mit dem Nachtragshaushalt 1994 das Haushaltsvolumen nur un-